

# DIE EUROPÄISCHE SOZIALDEMOKRATIE **STÄRKEN**

BERICHT ÜBER SECHS GESPRÄCHSRUNDEN 2010/2011  
UND DIE BARCELONA KONFERENZ IM JUNI 2011



**S&D**

Fraktion der Progressiven Allianz der  
**Sozialdemokraten**  
im Europäischen Parlament



<b>Vorwort</b> .....	4
<b>Einführungsrede Barcelona Konferenz</b>	
Barcelona – 20/6/2011 .....	6
Jacques Delors	
<b>GESPRÄCHSRUNDEN</b>	
<b>Wählerunterstützung für sozialdemokratische Parteien</b>	
Limelette – 9/6/2010 .....	10
Bernhard Weßels / Poul Nyrup Rasmussen	
Brüssel – 12/1/2011 .....	13
Maria João Rodrigues / Catherine de Vries	
Barcelona – 20/6/2011 .....	16
Hannes Swoboda / Roger Liddle / Daniel Innerarity / Anne Muxel	
<b>Globalisierung, Governance und ständiger Wandel</b>	
Brüssel – 8/12/2010 .....	19
Martin Schulz / Miguel Angel Moratinos / Joaquín Almunia	
Barcelona – 20/6/2011 .....	23
Zoran Milanovic / Stephen Hughes / Maria João Rodrigues	
<b>Jugend und Politik</b>	
Brüssel – 12/5/2010 .....	25
Janelle Ward / Anne Muxel	
<b>PLENARDEBATTE I BARCELONA-KONFERENZ</b>	
<b>Politische Prioritäten für eine erneuerte EU</b>	
Barcelona – 20/6/2011 .....	30
Ramón Jáuregui / Steven Hill / Bernadette Ségol / Matthias Machnig / Enrique Barón Crespo / Bernhard Weßels / Kaisa Penny	

## **GESPRÄCHSRUNDEN**

### **Demokratie und Freiheit**

Barcelona – 21/6/2011 .....	38
Christian Levrat / Alfred Gusenbauer / Catherine Trautmann / Jan Pronk	

### **Eine Progressive Agenda für die Außenpolitik**

Brüssel – 30/6/2010 .....	41
Jan Pronk / Massimo d'Alema	

### **Migration, Integration, Identität und Toleranz**

Brüssel – 4/5/2011 .....	43
Anna Terrón I Cusi / António Vitorino / Emir Kir	
Barcelona – 21/6/2010 .....	47
Gema Martín Muñoz / Henning Meyer / Anna Terrón I Cusi / Juan Fernando López Aguilar	

## **PLENARDEBATTE II BARCELONA-KONFERENZ**

### **Eine erneuerte Sozialdemokratie stellt sich Europas Herausforderungen**

Barcelona – 21/6/2011 .....	52
Ricardo Lagos / Jacques Delors / Alfred Gusenbauer / Martin Schulz / Poul Nyrup Rasmussen	

### **Barcelona Erklärung**

21/6/2011 .....	58
-----------------	----

<b>Teilnehmerliste</b> .....	59
------------------------------	----

**VORWORT**  
—  
**EINFÜHRUNGSREDE**

# VORWORT

Liebe Freunde,

wir freuen uns, Euch im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament diesen Bericht über die Barcelona-Konferenz und sechs Gesprächsrunden, die von uns in diesem Jahr organisiert wurden, vorstellen zu dürfen.

Die Gesprächsrunden und die Barcelona-Konferenz brachten Abgeordnete unserer Fraktion mit Parteivorsitzenden und hochrangigen Gästen innerhalb und außerhalb unserer politischen Familie zusammen. Wir verfolgten lebhaft Debatten über eine große Bandbreite an Themen: angefangen bei Globalisierung, Migration und Integration über Jugend und Politik, hin zu Fragen, wie eine progressive Außenpolitik aussehen soll, oder welche Bedeutung die europäische Integration für die europäische Sozialdemokratie hat und mit welchen Themen progressive Parteien bei den Wählern punkten können.

Für die Erneuerung unserer politischen Familie brauchen wir eine offene und selbstkritische Diskussion, an der sich alle unsere Parteien und Parteimitglieder, ebenso wie unsere Abgeordneten und mit uns verbundene Stiftungen aktiv beteiligen.

Die SPE-Konvention im November 2011 ist eine wichtige Plattform, um die Debatte über progressive Politik weiterzuführen. Wir möchten diese Gelegenheit nutzen, um Euch diese Broschüre vorzustellen, denn sie enthält interessante Beiträge, die uns helfen können, unser politisches Profil zu schärfen.

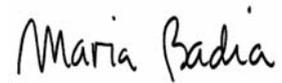
Gemeinsam mit SPE, FEPS, nationalen Parteien und Stiftungen wird die S&D Fraktion die Diskussion über die Zukunft unserer politischen Familie weiterführen. Wir wollen deutlich machen, dass eine gestärkte Europäische Sozialdemokratie und eine gestärkte Europäische Union Hand in Hand gehen. Wenn wir unser politisches Programm auf nationaler und europäischer Ebene umsetzen möchten, dann brauchen wir eine starke Europäische Union verbunden mit einer gesteigerten Präsenz von Sozialisten und Sozialdemokraten in den nationalen Regierungen (Rat), der Europäischen Kommission und im Europäischen Parlament.

Bis zu den Europawahlen 2014 wollen wir die entscheidende politische Kraft sein, um Europas Herausforderungen zu bewältigen.

Wir wünschen Euch viel Spaß beim Lesen.



**Martin SCHULZ**  
Vorsitzender



**Maria BADIA I CUTCHET**  
Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion  
verantwortlich für das Programm der Runden Tische



# ERÖFFNUNGSSITZUNG, KONFERENZ DER S&D FRAKTION

Barcelona, 20. Juni 2011

## Eröffnungsrede

### Jacques Delors

*Ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission*

Die Sozialdemokraten müssen die Gesellschaft neu aufbauen, das Gefühl für den Wert jedes Einzelnen wiederherstellen und den Bürgern bessere langfristige Perspektiven bieten.

Die politische Rechte verfolgt eine kurzfristige, „übereilte“ Agenda, wie ihr Umgang mit der Wirtschaftskrise deutlich zeigt. Sie hat den Staat dazu benutzt, die Banken um jeden Preis zu retten und hält den Wohlfahrtsstaat nur für einen Puffer, wohingegen das Mitte-Links-Lager ihn als Mittel ansieht, um es jedem Einzelnen in der Gesellschaft zu ermöglichen, eine angemessene Rolle zu spielen.

Eine Kultur, in der allein der Markt zählt, schadet der Gesellschaft, grenzt Gemeinschaften aus und verstärkt die Hoffnungslosigkeit der Menschen und ganzer Familien. Es ist nun Aufgabe der Sozialisten und Sozialdemokraten, die sozialen Werte wiederherzustellen, den Schock der Globalisierung abzumildern und die Vorherrschaft der Finanzwelt zu beenden.

In den „Goldenen Sechzigern“ durften die Menschen dank der Sozialdemokratie nach Höherem streben. Nun sind die traditionellen Arbeiterklassen den Verlockungen der populistischen Sirenengesänge erlegen, die anziehend auf Menschen in armen, marginalisierten Gemeinschaften wirken, die früher stärker den sozialdemokratischen Zielen verschrieben waren.

Heutzutage verfügen die Menschen über Besitz „im Überfluss“, aber haben nur wenig Möglichkeiten hinsichtlich ihrer Lebensentscheidungen und dem Aufbau einer Karriere und fühlen sich daher zurückgesetzt.

Kurzfristiges Denken seitens der Medien und aller politischen Parteien ist eines der Hauptprobleme. Griechenland ist hierfür ein klassisches Beispiel. Wenn sich die führenden EU-Politiker nur „zehn Minuten“ Zeit genommen



hätten, um über längerfristige Lösungen für das Griechenlandproblem nachzudenken, anstatt „beim Anblick der Märkte vor Angst mit den Knien zu schlottern“, hätte vielleicht etwas erreicht werden können.

Die Rechte konzentriert sich auf kurzfristige Lösungen; wir als Linke müssen es zu unserer Aufgabe machen, längerfristige Lösungen zu finden. Wir müssen den Menschen Perspektiven bieten.

Die Menschen fühlen sich verloren. Die Globalisierung macht ihnen Angst und sie suchen nach etwas, an das sie sich halten können. Die Populisten und Demagogen aus dem rechten und aus dem linken Lager reden über die Frage Nationalstaat versus Europa. Dabei ist die Stärkung der Europäischen Union ein Teil der Antwort, denn ohne eine europäische Lösung ist es nicht möglich, Sozial- oder Steuerdumping zu bekämpfen oder Themen wie Immigration oder Globalisierungsschock anzugehen.

Europa spricht jedoch nicht mit einer Stimme. Die für Europa zuständigen Einrichtungen sind nicht da, wenn wir sie brauchen; die EU als politisches Organ nutzt sich ab. Politiker arbeiten nicht zusammen.

Wir Sozialdemokraten müssen dies anprangern. Würde auch nur einer in seinem eigenen Land eine Situation tolerieren, in der sieben Regierungsmitglieder zugleich sieben verschiedene Dinge sagten?

Dieses Beispiel zeigt, wie sehr „Europa“ nachgelassen hat und das in einer Zeit, in der wir es nötiger brauchen als je zuvor. Europa muss sich zwischen Niedergang und Fortbestand entscheiden. Die Krisen führen zu einem Rückzug der europäischen Institutionen und dem muss Einhalt geboten werden.

Die Vorstellung, Arbeitsstellen und Wachstum mit marktorientierter Politik zu schaffen, ist falsch. Die Menschen brauchen Geld und Geld regiert heutzutage, aber wir müssen nicht die Reden des rechten Flügels gutheißen, dem zufolge Geld alles ist. Wir müssen dagegen halten, in einer Gesellschaft, in der Finanzinstitute nicht nur gerettet werden, indem Bürger höhere Steuern zahlen und sich verschulden, sondern in der die Banken nun auch noch wieder obenauf sind und erneut spekulativen Druck ausüben. Das ist unmoralisch.

Für die Sozialdemokraten ist es unerlässlich, das Gleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit sowie zwischen Solidarität und Verantwortung wiederherzustellen. Unser politisches Ziel muss es sein, die Gesellschaft neu aufzubauen und sicherzustellen, dass sich ein jeder zugehörig fühlt; wir dürfen es nicht zulassen, dass die Gesellschaft auseinander bricht. Die Menschen brauchen Gewerkschaften und Verbände und wir müssen uns damit gebührend auseinandersetzen. Wir müssen die Achtung vor Kollektivverhandlungen wiederherstellen; ohne richtige Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitnehmer und der Industrie werden unsere Länder keine wahrhaften Demokratien sein.

Es ist von wesentlicher Bedeutung, die Umwelt zu schützen, einen universellen Wohlfahrtsstaat zu gewährleisten und Verantwortung zwischen den Generationen zu teilen. Wesentlich ist darüber hinaus auch die Anpassung an den wirtschaftlichen und technischen Wandel sowie die Verminderung von Ungleichheiten durch Bildung.

Verhaltensänderungen müssen sowohl seitens der Regierungen und der Geschäftswelt als auch seitens der Bürger erfolgen. Sind wir dazu bereit, die Menschen zu dieser radikalen Änderung zu bewegen, anstatt bloß davon zu reden?

60 Jahre lang hat die Sozialdemokratie Menschen zusammengebracht. Der Wohlfahrtsstaat hat dazu beigetragen, eine integrative Gesellschaft aufzubauen, in der die Menschen Perspektiven, einen gewissen Grad an Würde und das Gefühl hatten, Kontrolle über das eigene Leben zu haben. Dieser Prozess kommt nun zum Erliegen und die Menschen ziehen sich wieder in sich selbst zurück, also müssen wir die Gesellschaft wieder aufbauen.

Wir müssen begreiflich machen, dass wir alle im selben Boot sitzen, dass wir alle dazu gehören. Dies gehört zu dem Mut, den die Sozialdemokratie in dieser kritischen Phase demonstrieren muss.

# **GESPRÄCHSRUNDEN**

# WÄHLERUNTERSTÜTZUNG FÜR SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEIEN

## DIE EUROPÄISCHE SOZIALDEMOKRATIE: PERSPEKTIVEN UND POTENZIAL EIN JAHR NACH DER EUROPAWAHL 2009

Limelette, den 9. Juni 2010

### Hauptreferate

#### Bernhard Weßels

*Leitender Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) und Dozent am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt Universität, Berlin*

Viele haben das Ende der Sozialdemokratie vorausgesagt, weil sie ihre Hauptziele schon erreicht hätte (Wohlfahrtsstaat, ein gewisses Wohlstandsniveau und weniger soziale Ungleichheit) und weil es für die Sozialdemokraten immer schwieriger werde, sich von anderen Parteien zu unterscheiden.

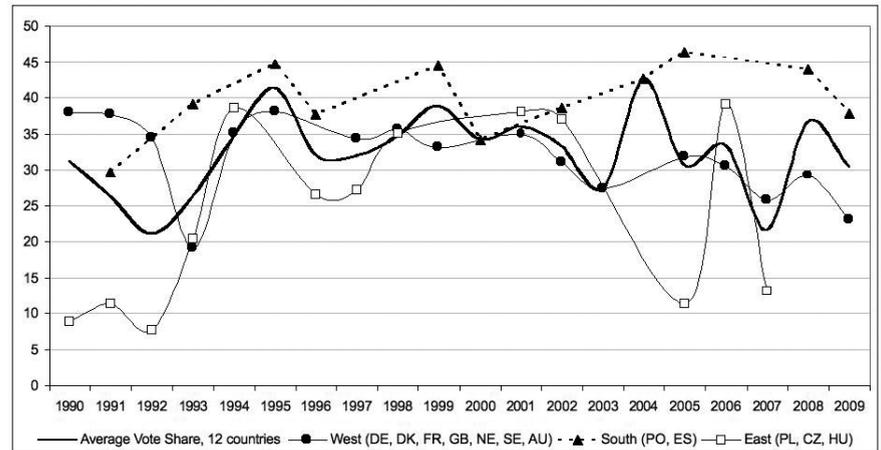


Eine Analyse der Wahlergebnisse in Europa zwischen 1990 und 2009 ergibt jedoch keine Hinweise auf einen strukturellen Rückgang der Unterstützung insgesamt für sozialdemokratische Parteien, weder beim Stimmenanteil noch bei den Regierungsbeteiligungen. Das Problem ist eher konjunkturbedingt, gepaart mit einer extremen Unbeständigkeit im Wählerverhalten in einigen Ländern.

Die Sozialdemokratie steht aber sehr wohl vor ernststen Herausforderungen, vor allem weil es so etwas wie eine „Kernwählerschaft“, auf die sich die Bewegung verlassen kann, nicht mehr gibt. Der Anteil der Wähler/innen mit einer festen Bindung zu nur einer Partei geht zurück, und die Öffentlichkeit misst Parteien nun an deren Leistungen und Ergebnissen.

Die Gewerkschaften sind in dieser Bewegung überproportional vertreten, aber ihre Mitgliederzahlen sind rückläufig. Auch das steigende Bildungsniveau stellt eine Bewegung, die tendenziell weniger gebildete Menschen anzieht, vor eine Herausforderung. Die sinkende Unterstützung bei jungen Wählern ist ein Grund zur Besorgnis.

Zweifellos waren die sozialdemokratischen Parteien die großen Verlierer der Europawahlen 2009, wengleich auch die sinkende Wahlbeteiligung teilweise dafür verantwortlich war. Da im allgemeinen Anhänger der Sozialdemokraten eher zu Hause bleiben als Wähler/innen anderer Parteien, muss die Bewegung sich mehr anstrengen, um sie zu mobilisieren.



Mittlerer Stimmenanteil sozialdemokratischer Parteien insgesamt und aufgeteilt in Ländergruppen, 1990-2009

Quelle: Bernhard Weßels, Was ist dran an der These vom Ende der Sozialdemokratie? Eine empirische Analyse der Wahlergebnisse und Wählerprofile sozialdemokratischer Parteien in Europa in den letzten zwanzig Jahren; Friedrich Ebert Stiftung, Internationale Politikanalyse (IPA), August 2010. Berechnungen des Autors auf Basis der Datenbank "Parties, Elections and Governments", Abteilung "Demokratie", WZB. Paper download: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07414.pdf>.

## Poul Nyrup Rasmussen

*Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Europas*

Die Europawahlen 2009 waren keine echten gesamteuropäischen Wahlen, sondern eher eine Reihe von Referenden über die jeweiligen nationalen Regierungen. Die sozialdemokratischen Parteien haben daher generell in Ländern verloren, wo sie bereits schwach waren sowie gut abgeschnitten in Ländern, wo sie schon stark waren. Obwohl die sozialdemokratischen Parteien bei den Wahlen an Boden verloren haben, konnten die anderen etablierten Parteien auch nicht wesentlich zulegen. Die Wahlbeteiligung war so niedrig wie noch nie. Diesen Trend der Wählerapathie umzukehren stellt für die Europäische Sozialdemokratie die einzige, größte Herausforderung für die nächsten Wahlen dar.

Diese Apathie entsteht aus dem Gefühl heraus, dass über die Wahl europäischer politischer Repräsentanten kein Einfluss genommen werden kann. Die sinkende Unterstützung für die Sozialdemokraten



## “ Stimmen aus der Debatte

*„Die Wähler werden sehr sprunghaft. Sie versuchen, dem Regenbogen nachzujagen, und wenn sie ihn nicht fassen, gehen sie zu anderen Parteien.“*

*„Wir können die Dinge nicht einfach lassen, wie sie waren. In einer sich wandelnden Gesellschaft kann unsere Botschaft nicht die gleiche sein wie vor 20 Jahren.“*

*„Die Sozialdemokratie ist ein Kind der industriellen Gesellschaft, und die industrielle Gesellschaft war in einem ständigen Wandel und Umbruch begriffen. Wir sind Wandel gewohnt, und wir können uns auch angesichts der Globalisierung erneuern.“*

*„Die Menschen sehen uns als sehr technokratische Parteien. Wir brauchen starke Führungspersönlichkeiten und eine ganz eindeutige Werteordnung.“*

*„Man muss den Leuten eine Botschaft der Hoffnung geben, das Versprechen einer guten Zukunft.“*

”



spiegelt auch den Erfolg der Konservativen wider, den Faktor „Angst“ auszunutzen, insbesondere wenn es um Einwanderung oder Unsicherheiten am Arbeitsmarkt geht.

Die Sozialdemokratische Familie litt auch unter ihrem Versagen, keine(n) Kandidaten/in für die Europäische Kommission nominiert zu haben. Glücklicherweise wurde dies von der SPE aufgegriffen, und nun haben wir eine verbindliche Zusage, mit einem einzigen Spitzenkandidaten in die Wahlkampagne 2014 zu gehen .

Die Sozialdemokraten müssen dem Rückzug der Konservativen auf eine „Politik der Loslösung“ entgegenwirken. Die Konzentration der rechtsgerichteten Parteien auf Individualismus und Kräfte des Marktes stellt den Versuch dar, den Wirkungskreis der öffentlichen Hand zu dezimieren.

Der Kampf muss auf nationaler sowie europäischer Ebene erfolgen. Die sozialdemokratische Familie muss die Werte des öffentlichen Sektors, den Nutzen von Gleichberechtigung und die Stärke von Gemeinschaft fördern. Indem wir unser Wahlprogramm der heutigen Zeit anpassen, unsere Politik modernisieren und eine fortschrittliche Verbindung zu unseren Wählern aufnehmen, können wir den sozialdemokratischen Weg neu beleben und uns auf 2014 vorbereiten. Die Initiative der SPE „Unsere Vision für zukunftsorientierte Gesellschaften im 21. Jahrhundert“ („Our vision for Progressive Societies in the 21<sup>st</sup> century“) zielt genau hierauf ab. Wir beziehen alle Akteure unserer politischen Familie herein, von den Aktivisten bis zu den Parteivorsitzenden, für eine offene Debatte über die Erneuerung der Sozialdemokratie.

# UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE EUROPÄISCHE SOZIALDEMOKRATIE: TENDENZEN UND HERAUSFORDERUNGEN

Europäisches Parlament, Brüssel, 12. Januar 2011

## Hauptreferate

### Maria João Rodrigues

*Sonderberaterin bei den europäischen Institutionen und der Sozialdemokratischen Partei Europas*

Überall in der Welt gewinnen die fortschrittlichen Kräfte an Einfluss, in Lateinamerika, in den Vereinigten Staaten und in Asien, nur in Europa entwickelt sich diese Tendenz in die entgegengesetzte Richtung. In gewissem Sinn sind die Sozialdemokraten Opfer ihres eigenen Erfolgs.



Die heutigen europäischen Gesellschaften sind eindeutig das Ergebnis des Wirkens sozialistischer und sozialdemokratischer Bewegungen, und wir müssen die Bürger an unsere großen Leistungen erinnern, doch das allein reicht nicht länger aus.

Unsere politische Identität wird vor allem durch unsere Werte bestimmt und weniger durch unsere Anhänger. Die Sozialdemokratie sollte nicht hauptsächlich als die Partei der Arbeiterklasse definiert werden. Unser Ausgangspunkt sollten unsere Werte: Freiheit, Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und das Konzept nachhaltiger Entwicklung sein, für deren Vertretung wir all unsere Kräfte aufbieten müssen.

Als progressive Kräfte sollten wir Fortschrittskonzepte unterstützen. Für die Arbeiterklasse bedeutet das höhere Löhne, für andere eine bessere Lebensqualität. Wir sollten es auf Lebensqualität und

Wohlergehen gründen: wir brauchen ein neues Konzept von Erfolg, Kompetenz, Verantwortungen und Pflichten. Wir brauchen ein neues Konzept der Freiheit, bei dem es darum geht, den Bürgern Mitgestaltungsmacht zu verschaffen und Zugehörigkeitsgefühl entstehen zu lassen.

Das europäische Modell steht vor gewaltigen Herausforderungen, doch es ist noch immer das Beste in der Welt. Wir sollten stolz darauf sein. Wir müssen überzeugend vermitteln, dass wir dieses Modell aufrechterhalten können, doch um das zu erreichen, bedarf es einer Reform.

Unter den derzeitigen historischen Bedingungen braucht die Sozialdemokratie mehr Engagement auf europäischer Ebene, um ihre neue Agenda umzusetzen. Deshalb müssen wir eine stärkere europäische Partei schaffen.

## Catherine de Vries

*Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Amsterdam*

Die Sozialdemokraten stehen vor drei großen Herausforderungen: dem Ende des an die soziale Gruppenzugehörigkeit gebundenen Wahlverhaltens und dem Anstieg „politisch wechselnden“ Wahlverhaltens; ideologischen Abspaltungen unter potenziellen Unterstützern und der Zunahme einer gegen Eliten und gegen den Staat gerichteten Rhetorik.

Die Zeiten der festen Stammwählerschaften sind vorbei: Die Wähler beziehen jetzt unterschiedlichste Möglichkeiten ein und treffen ihre Entscheidung erst sehr spät. Die meisten sehen die Sozialdemokraten als vertretbare Option, d. h. als eine der Parteien, deren Wahl sie in Erwägung ziehen würden, holen dann aber erst die Informationen ein, die sie benötigen, um ihre Wahlentscheidung zu treffen. Dadurch erhalten Wahlkämpfe und kurzfristig wirkende Faktoren eine weitaus größere Bedeutung als in der Vergangenheit.



Die „ideologische Zersplitterung“ unter potenziellen Unterstützern stellt für die Sozialdemokraten gleichfalls ein erhebliches Dilemma dar: Im Kern sind große Teile der Wählerschaft gegenüber wirtschaftlichen Fragen links eingestellt und in kulturellen Fragen rechts (beispielsweise bei den Themen Zuwanderung und Globalisierung). Das verträgt sich mit der traditionell internationalen Ausrichtung der Sozialdemokratie nicht gut und unterstreicht zudem die Notwendigkeit, eine echte Debatte über sensible Themen wie Einwanderung und Kultur in Gang zu setzen.

Die dritte Herausforderung, die Zunahme des gegen Eliten und gegen den Staat geführten Diskurses, der von populistischen Parteien geschürt wird, bereitet die größte Sorge. Die Wähler zweifeln immer mehr, ob Politiker im Interesse der breiten Öffentlichkeit handeln, und dieses Misstrauen gegenüber Obrigkeiten hilft zu erklären, warum die Sozialdemokratie aus der Wirtschafts- und Finanzkrise kein Kapital schlagen konnte.

Diese Herausforderungen lassen sich nur mit einer dreigleisigen Strategie bewältigen.

Die Sozialdemokraten sollten:

- eine neue Zukunftsvision unterbreiten;
- Überlegungen anstellen, wie sie das derzeitige Monopol der Populisten auf die Definition von „Fairness“ in der politischen Diskussion in Frage stellen und eine integrativere Gesellschaft fördern können;
- einsehen, dass eine von Emotionen getragene Politik wichtig ist; es geht nicht nur um Tatsachen, sondern auch um das Bild, das vermittelt wird und die Vision, die entworfen wird.



## “ Stimmen aus der Debatte

*„Wir sollten die Herzen der Menschen gewinnen, nicht nur ihre Köpfe; wir sollten mit optimistischer Überzeugung für sie kämpfen.“*

*„Unsere Werte sind noch immer attraktiv. Es sind Grundwerte, die sich in der Geschichte der vergangenen 130 Jahre bewährt haben, doch wir bringen sie nicht deutlich genug zum Ausdruck.“*

*„Für Konservative besteht die Antwort auf ungebremste Spekulation in größerer Haushaltsdisziplin, Punkt. Für uns lautet sie Haushaltsdisziplin, ja, doch auch Zusammenarbeit im Interesse des Wachstums und europäische Solidarität.“*

*„Derzeit entstehen neue Formen der demokratischen Debatte. Sie bieten die Chance für eine neue Art der Politikgestaltung. Politische Parteien sollten neue Wege beschreiten, um sich an den Debatten in diesen virtuellen Gemeinschaften zu beteiligen. Hier bietet sich eine neue Perspektive politischen Handelns.“*

”

# DIE EU UND DIE SOZIALDEMOKRATIE

Barcelona, 20. Juni 2011 Sozialdemokratie

Im Gespräch am runden Tisch zum Thema „Die EU und die Sozialdemokratie konzentrierte man sich auf die Kernfragen, wie man dem zunehmenden Euro-Skeptizismus entgegenwirken kann und wie man die nationalen politischen Entscheidungsträger davon überzeugen kann, dass ein starkes Europa unerlässlich ist, wenn es darum geht, die zahlreichen Herausforderungen anzugehen, vor die uns die heutige Welt stellt. Die Hauptredner, Hannes Swoboda, stellvertretender Vorsitzender der S&D Fraktion, Roger Liddle, Vorsitzender des Policy Network, Daniel Innerarity, Professor für Philosophie an der Universität des Baskenlandes, Anne Muxel, Directrice de Recherche CEVIPOF in Paris und die Teilnehmer sind sich einig, dass mehr dafür getan werden muss, um die Menschen davon zu überzeugen, dass wir mehr und nicht weniger Europa brauchen.

Die Europäische Union ist eine der größten politischen Innovationen der jüngeren Geschichte und kann als Pilotprojekt für eine neuartige Politik angesehen werden, die wir in der heutigen vernetzten und globalisierten Welt brauchen. Die Sozialdemokraten müssen aber sehr viel mehr tun, um dem zunehmenden Nationalismus und dem Euro-Skeptizismus entgegenzuwirken, und zwar indem sie erklären, wofür die Europäische Union steht, indem sie Europa und die gemeinsame europäische Politik verteidigen und daran arbeiten, die Öffentlichkeit (und viele nationale Politiker) davon zu überzeugen, dass Europa nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung zahlreicher Herausforderungen ist, denen wir uns gegenübersehen, und dass wir mehr und nicht weniger Europa brauchen.

Meinungsumfragen, die wachsendes Misstrauen gegenüber der EU aufzeigen, wird große Bedeutung beigemessen. Tatsächlich betrifft dieses Problem jedoch nicht nur Europa, vielmehr spiegelt sich hier ein allgemeiner Rückgang des Vertrauens in Politik und Politiker wider, und es ist ein vergleichbares Maß an Misstrauen gegenüber nationalen Regierungen, Parlamenten und Parteien zu verzeichnen. Wie dem auch sei, dieses Problem des zunehmenden Vertrauensverlusts betrifft insbesondere die Linke, denn schließlich wollen wir die Gesellschaft durch die Politik verändern.

Besonders ausgeprägt ist der Vertrauensverlust bei jungen Menschen, die nur dann zur Wahl gehen, wenn sie das Gefühl haben, dass es um etwas Wichtiges geht, und die an den Europawahlen überhaupt nicht interessiert sind, da sie sie nicht als Möglichkeit begreifen, europäische Politik zu beeinflussen. Die Sozialdemokraten müssen einen Weg finden, diese jüngeren Generationen anzusprechen.

Die Auswirkungen der globalen Krise schüren das wachsende Misstrauen noch. In der allgemeinen Wahrnehmung haben die Sozialdemokraten keine überzeugende Lösung für die Krise und bieten auch keine Alternative zum Argument des rechten Flügels, dass uns nichts anderes übrigbleibt, als auf unsere derzeitigen Schwierigkeiten mit der Kürzung des Staatshaushalts zu reagieren. Die Kernfrage, die sich die Sozialdemokraten stellen müssen, ist, wie wir in einer Zeit der Haushaltskonsolidierungen den Wohlfahrtsstaat und unsere Wohlfahrtseinrichtungen retten können. In dieser Frage müssen wir eine starke und klare Position vertreten.

Wir müssen darüber hinaus auch Fehler eingestehen, die wir in der Vergangenheit begangen haben, und müssen sowohl die Herzen als auch den Verstand der Menschen ansprechen. Dies ist etwas, was wir bisher nicht wirklich getan haben. Die Menschen haben nicht per se etwas gegen Politik, aber sie wollen eine andere Art der Politik und dies stellt uns vor die Herausforderung, die Dinge anders anzugehen.

Wir können nicht weiterhin dieselben Dinge sagen, die wir bereits vor zehn oder 20 Jahren gesagt haben, als ob alles wie immer wäre. Denn so ist es nicht. Die Sozialdemokratie steht wirklich unter Beschuss und wir müssen etwas



dagegen unternehmen. Wir müssen den Mut haben, unser eigenes alternatives Wirtschafts- und Sozialmodell vorzuschlagen, anstatt bloß die Agenda des rechten Flügels zu verabschieden. Wir können die Globalisierung nicht verhindern, aber wir können unseren Bürgern zeigen, dass wir entschlossen sind, sie gegen Unfairness und Ungerechtigkeit innerhalb unserer Gesellschaften zu schützen. Wir müssen außerdem klarstellen, dass die Lösung nicht innerhalb unserer Nationalstaaten zu finden ist; die EU ist unsere Antwort auf die Globalisierung. Die Bürger wollen vor allem Sicherheit und mit Europa können wir ihnen mehr Sicherheit bieten.

Gibt es überhaupt eine europäische Sozialdemokratie? Ja, aber noch immer versuchen zu viele Politiker die Herausforderungen, denen wir uns gegenüber sehen, innerhalb der Nationalstaaten zu lösen und die EU muss für jedermann als Sündenbock herhalten, wenn etwas schief läuft. Nehmen wir zum Beispiel die aktuelle Krise der Eurozone. Die Europäische Union wird von den anderen Mitgliedstaaten für die schwierige Situation in Griechenland und von den Griechen für die überaus harten Sparmaßnahmen verantwortlich gemacht, die dem Land auferlegt wurden, um die Situation in den Griff zu bekommen. Die nationalen politischen Entscheidungsträger müssen ihren Teil der Verantwortung übernehmen und die Menschen davon überzeugen, dass die Rettung des Euro nicht nur eine Frage der Solidarität, sondern auch des wohlverstandenen Eigeninteresses ist.

Europa steckt mitten in einer Repräsentationskrise. Die Darlegung einer langfristigen Zukunftsvision findet nicht statt und die Sozialdemokraten können und müssen hier einspringen, um jungen Menschen mehr Hoffnung in die Zukunft zu geben und um sie zu ermutigen, ein gemeinsames politisches und soziales Schicksal zu akzeptieren und anzunehmen.



# GLOBALISIERUNG, GOVERNANCE UND STÄNDIGER WANDEL

## DIE SOZIALDEMOKRATISCHE ALTERNATIVE VOR DEM HINTERGRUND DER GLOBALISIERUNG UND STÄNDIGEN WANDELS

Europäisches Parlament, Brüssel, 8. Dezember 2010

### Hauptreferate

#### Miguel Angel Moratinos MdP

*Außenminister Spaniens, 2004-2010*

Die sozialdemokratische Bewegung befindet sich in einer paradoxen Situation: In einer Zeit, in der es angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise dringend sozialer Gerechtigkeit bedarf, unterstützen uns die Wähler nicht in dem Maße, wie sie es früher taten.

Wir müssen eine neue soziale Bewegung - über traditionelle Parteistrukturen hinweg – ins Leben rufen. Vor allen Dingen müssen Sozialdemokraten Wahlen gewinnen. Mit nur drei oder vier Staats- und Regierungschefs am Tisch des Europäischen Rats können wir nicht viel bewegen.

Wir halten Antworten auf die vor uns liegenden Herausforderungen bereit, doch wenn es darum ging, auf neoliberale Behauptungen zu reagieren, wir seien für die Krise verantwortlich zu machen, haben wir uns zumeist auf eine eher defensive Position zurückgezogen. Noch haben wir keine überzeugende Antwort gefunden, um der Verwirrung, der Unsicherheit und dem Vertrauensverlust begegnen zu können.

Wir müssen den Menschen eine positive Vision der Zukunft bieten, eine Vision, an die sie glauben können. Wir sollten nicht versuchen, den neoliberalen Diskurs nachzuahmen oder scharf ins linke Lager zu rücken, sondern vielmehr unsere eigenen Antworten unterbreiten. Zum Beispiel die Antwort darauf, warum wir stets Haushaltskürzungen in Bereichen vornehmen, die den Märkten nutzen, den Bürgern aber Probleme bereiten? Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet ein konservativer Premierminister in Großbritannien den Verteidigungshaushalt gekürzt hat, was ein sozialdemokratischer Regierungschef nie zuvor gewagt hätte, obgleich die Senkung der Verteidigungsausgaben seit jeher ein Punkt in unserem politischen Programm gewesen ist.

Dem Staat stehen nicht viele Instrumente zur Verfügung, um die Märkte zu kontrollieren; zudem leben wir heute in einer stark individualisierten und zersplitterten Gesellschaft, deshalb brauchen wir eine neue Vision für das 21. Jahrhundert – ein neues Modell von Bürgerschaft.

## Martin Schulz MEP

*Vorsitzender der S&D Fraktion*



Der demokratische Sozialismus ist von seiner Tradition her eine internationale Bewegung, doch läuft die Sozialdemokratie Gefahr, immer nationaler zu werden, während die anderen Parteien derzeit stärker international ausgerichtet sind. Europäische Lösungen sind unabdingbar, und sie sind absolut notwendig. Wir sollten den Mut haben, als erste Partei zu bekennen, dass wir nicht nur auf nationaler Ebene agieren können, aber europäische und globale Lösungen brauchen. Mit einem solchen Konzept lassen sich auf mittlere Sicht Wahlen gewinnen. Fünfzig, sechzig Jahre lang verband man mit Europa nicht nur das Versprechen von Frieden, sondern auch von sozialer Gerechtigkeit: Europa brachte den

Bürgern mehr Arbeitsplätze, Geld und Wohlstand, deshalb hatten sie Vertrauen. Wir tragen gemeinsam die Verantwortung dafür, dass die Menschen keinerlei Vertrauen mehr in die Institutionen setzen, dass sie nicht mehr daran glauben, dass Politiker in der Lage sind, ihnen die Zukunft zu sichern. Und sie haben teilweise recht: Keiner von uns kann das allein zustande bringen auf nationaler Ebene.

Wir Politiker sagen, dass Europa mehr Wachstum bringt, doch die Bürger erleben, dass Arbeitsplätze verringert werden; wir sagen, Europa bringt mehr Wohlstand, doch sie erleben auch, dass es in einem gewissen Sinn Wohlstand untergräbt. Zwischen unseren Versprechungen zu Europa und der Wirklichkeit klafft eine Lücke, und das hängt damit zusammen, dass unser Hauptaugenmerk dem Nationalstaat gilt.

## Joaquín Almunia

*Vizepräsident der Europäischen Kommission, verantwortlich für Wettbewerbspolitik*

Die Sozialdemokraten können und müssen der vorherrschenden Idee, dass die Märkte die Gesellschaft regieren, eine Alternative entgegensetzen.

Das Wirtschaftswachstum brachte mehr Lebensqualität mit sich, insbesondere mit Hilfe des Sozialstaats. Hindernisse wurden abgebaut, den Bürgern größere Chancen eingeräumt, sie wurden selbständiger. Dadurch sind sie heute individualistischer geworden und wollen mehr Möglichkeiten. Indessen wächst in den alternden Gesellschaften der Bedarf an Arbeitskräften aus aller Herren Länder, doch führt die verstärkte Zuwanderung zu sozialen Spannungen und manchen populistischen Stimmen. Neue Formen der Kommunikation entwickeln sich.

All das fügt unserem politischen Modell Schaden zu.

Die Sozialdemokraten müssen mit einer Vision der Zukunft aufwarten, die wieder breite Zustimmung gewinnen kann. Wenngleich unser Augenmerk traditionell den Schwächsten in der Gesellschaft gilt, dürfen wir darüber nicht diejenigen vergessen, die auf eigene Anstrengungen für ein Leben in Würde vertrauen.

Wenn wir wieder die Vertreter der Mehrheit unserer Gesellschaft werden wollen, dann müssen wir die Sorgen und Bestrebungen der gesamten Bevölkerung im Blick haben. Wir sind die einzige Partei, die sich für die Armen einsetzt, doch müssen wir uns auch für alle anderen engagieren.

Sozialdemokraten müssen darüber hinaus deutlich machen, dass es den Mitgliedstaaten ohne Europa nicht gelingen wird, die schwierigen Aufgaben der Zukunft erfolgreich anzugehen. Ohne Europa werden wir unsere Ziele nicht erreichen.





## “ Stimmen aus der Debatte

*"Die Antwort liegt in der "Europäisierung". Wir können die Krise verkraften, wenn wir gemeinschaftlich anstatt einzelstaatlich handeln. Auf nationaler Ebene verfügen wir nicht mehr über die Instrumente zur Lösung der Probleme, vor denen wir stehen."*

*"Wir brauchen eine offene Gesellschaft, wir müssen unsere Werte verteidigen, wir brauchen mehr Europa."*

*"Wir wollen nicht unbedingt, dass Hedge-Fonds-Chefs für uns stimmen, aber wir sollten zwischen uns und der Mehrheit keine Hindernisse aufbauen."*

*"Wenn wir den Kampf aufgeben, wenn wir die Märkte als übermächtig akzeptieren und beschließen, den unsichtbaren Kräften des Marktes freie Hand zu lassen, können wir genauso gut gleich das Handtuch werfen."*

”

# GOVERNANCE UND GLOBALISIERUNG

Barcelona, 20. Juni 2011

Das Gesprächsrunde über „Governance und Globalisierung baute auf der Diskussion anlässlich des vorausgegangenen Diskussion zum Thema „Die sozialdemokratische Alternative vor dem Hintergrund der Globalisierung und des ständigen Wandels“ in Brüssel im Dezember 2010 auf. Die Hauptredner Zoran Milanovic, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Kroatiens, Stephen Hughes, stellvertretender Vorsitzender der S&D Fraktion, Maria João Rodrigues, Vorsitzende des Progressive Societies Network der SPE und die Teilnehmer waren sich einig, dass dies der richtige Moment ist für das Mitte-Links-Lager, in diesen Fragen die Initiative zu ergreifen.

Die globale Situation hat sich vollständig verändert und die „Global Governance“ ist heute ein weitaus wichtigeres Thema als noch vor zehn Jahren. Viele der dringlichsten Herausforderungen, denen sich Europa gegenüber sieht, können nur durch gleichzeitige Handlungen auf globaler und auf regionaler/nationaler Ebene effektiv angegangen werden und es bedarf eines neuen Entwicklungsmodells, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Europa kann und sollte bei der Gestaltung dieses Modells eine zentrale Rolle spielen, es muss dafür jedoch schnell und beschwingt sein.

Sowohl die bestehenden multilateralen Institutionen als auch die G20 sind notwendig, denn die G20 spiegeln die Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts stärker wider und stehen für einen vielversprechenden Prozess, der dazu genutzt werden kann, dringend notwendige Reformen innerhalb der multilateralen Organisationen anzukurbeln. Stärkere Institutionen im Bereich der „Global Governance“ werden ebenfalls entscheidend sein, wenn es darum geht die bestimmende Frage des 21. Jahrhunderts anzugehen, und zwar das Verhältnis zwischen Märkten und Regierungen.

Dies ist ein entscheidender Augenblick für die Gestaltung der europäischen und der globalen politischen Führung. Auch wenn Europa mit vielen Problemen konfrontiert ist, so ist es noch immer der Kontinent, wo die Verbindung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung erreicht werden kann – allerdings ist diese Verbindung nun in Gefahr.

Die Menschen misstrauen uns Sozialdemokraten, da wir in ihrer Wahrnehmung die Globalisierung als unvermeidlich akzeptiert haben, ohne zu versuchen, sie zu formen oder zu lenken. Wenn wir für die Wähler in Zukunft glaubwürdig sein möchten, müssen wir unsere Fehler eingestehen, wenn wir die Regierung stellen und eine kohärente, überzeugende Botschaft entwickeln. Und wir müssen dies schon jetzt in der Opposition tun, damit die Wähler wissen woran sie sind, wenn es soweit ist.

Für die Linke bietet sich nun die einmalige Gelegenheit, zurückzuschlagen. Wir brauchen nun viel Vorstellungskraft, um eine neue Form der „Global Governance“ hervorzubringen, und die Politiker der Linken haben die nötige Fantasie dazu. Die Sozialdemokraten können und müssen den Wählern zeigen, dass wir über eine Alternative verfügen, dass eine sozial verantwortliche Globalisierung möglich ist, ohne dabei den Weg des Protektionismus oder der Ablehnung des Internationalen einschlagen zu müssen.

Die Sozialdemokraten müssen den Internationalismus der Bewegung sehr viel ernster nehmen, als sie das bisher tun. Nationale Parteien konzentrieren sich noch immer auf den Nationalstaat als Lösung, aber das wird nicht funktionieren. Wir müssen in einem internationalen Rahmen für unsere Grundwerte – Freiheit, Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung – eintreten und müssen bestrebt sein, mittels dieser Einrichtungen die Lebensqualität aller zu verbessern.

Unsere national führenden Politiker interessieren sich nicht sonderlich dafür, was auf europäischer Ebene vor sich geht, obwohl es in einer globalisierten Welt nicht möglich ist, globale Probleme auf nationaler Ebene zu lösen. Wir brauchen europäische Lösungen, wir brauchen mehr Europa, damit wir den Herausforderungen, denen wir uns gegenübersehen auf effektive Weise begegnen können. Wir müssen ein stärkeres Europa aufbauen, denn es ist ein unverzichtbares politisches Werkzeug für das Erreichen unserer langfristigen Ziele. Wenn die Linke nicht europäisch wird, dann wird es sie irgendwann nicht mehr geben.

Die zentrale Forderung der Bürger als Reaktion auf die Globalisierung ist Sicherheit; vor allem wirtschaftliche Sicherheit, aber auch Schutz vor Terrorismus, Verbrechen und umweltbedingten Gefahren. Die Bürger möchten ebenso sicherstellen, dass die Bankiers für die Schäden, die sie dem Finanzsystem zugefügt haben, mit aufkommen. Die Haltung der Sozialdemokraten zu diesen Themen ist jedoch sowohl aufgrund von Kommunikationsproblemen als auch von Uneinigkeit zwischen unseren Parteien und Regierungen nicht eindeutig.

Die Sozialdemokraten müssen eine klarere Botschaft entwickeln, damit die Wähler wissen, wofür wir stehen. In den letzten 20 Jahren haben wir uns die vorherrschende marktfreundliche Weltanschauung sehr zu eigen gemacht und so hinsichtlich unserer Identität einiges an Klarheit eingebüßt. Die Bewegung hat viel Zeit darauf verwendet, eine alternative Wirtschaftsstrategie zu entwickeln, aber mitunter scheint es so, als ob die Positionspapiere, die bei diesem Prozess entstehen, zu den bestgehüteten Geheimnissen auf der Welt gehörten!

Wir müssen unseren Grundwerten treu bleiben und sie schützen, aber wir müssen auch pragmatische und praktische Lösungen entwickeln. Wir brauchen eine langfristige Vision und gleichzeitig auch mutige kurzfristige Maßnahmen. Es muss jetzt unsere Aufgabe sein, mit den Bürgern zusammenzuarbeiten, damit sie in der neuen Welt, in der wir nun leben, ihr Leben wieder in die Hand nehmen können, um so gemeinsam eine gerechtere, grünere und demokratischere Gesellschaft zu schaffen.

# JUGEND UND POLITIK

## JUGEND UND POLITIK: HIN ZU EINEM NEUEN BÜRGERSCHAFTSMODELL?

Europäisches Parlament, Brüssel, 12. Mai 2010

### Hauptreferate

#### Anne Muxel

*Forschungsdirektorin am Forschungszentrum für Politik- und Gesellschaftswissenschaften (CEVIPOF), Paris*

Allgemein wird angenommen, dass die sinkende Wahlbeteiligung von Jugendlichen ein Ergebnis der Apathie der jüngeren Generation sei. Zwar ist die Wahlbeteiligung bei jungen Menschen wesentlich geringer als in der Gesamtbevölkerung – generell um rund zehn Prozent niedriger – doch das bedeutet nicht, dass sie sich nicht für Politik interessieren.

Mehr als drei Viertel der Jugendlichen meinen, dass es wichtig ist zu wählen, und zwei Drittel sind der Ansicht, dass dies die wirksamste Form der politischen Aktion ist. Sie fordern jedoch, Repräsentativdemokratie mit mitbestimmender Demokratie zu kombinieren (z.B. in Form von Diskussionsforen und Aktionen im Internet, Demonstrationen und Proteste). Die Palette der politischen Ausdrucksmöglichkeiten wird immer breiter, und junge Menschen nutzen all diese unterschiedlichen Mittel und Instrumente besser, insbesondere zur Verteidigung von Werten wie Gleichberechtigung, Menschenrechte, Pazifismus und Antirassismus.

Ist eine sinkende Wahlbeteiligung also ein Zeichen des Versagens im staatsbürgerlichen Sinne und von Demokratiedefizit, oder weist sie vielmehr auf die Entstehung eines neuen Bürgerschaftsmodells hin?

Es gibt zahlreiche Gründe, warum junge Menschen nicht wählen gehen. Einige davon sind struktureller Natur: Sie befinden sich in einer sehr dynamischen Phase ihres Lebens, in der sie darauf konzentriert sind, einen Arbeitsplatz zu finden (besonders während der Wirtschaftskrise) und den Einstieg ins Erwachsenenleben zu meistern. In Ländern, wo eine Registrierung erforderlich ist, können ausserdem praktische Gründe dazu führen, dass sich Jugendliche nicht in die Wählerliste eintragen.



Es gibt aber auch andere Gründe: Mangelndes Vertrauen in die Politik und die Schwächung des politischen Zugehörigkeitsgefühls führen dazu, dass viele junge Menschen erst im allerletzten Moment entscheiden, wem sie ihre Stimme geben (wenn sie denn überhaupt wählen gehen). Dazu kommt, dass Wahlgewohnheiten, die sich bereits im jungen Alter formen, bei den heutigen Jugendlichen viel weniger stark verankert sind als bei älteren Generationen.

Diese zunehmende Gleichgültigkeit und der anhaltende Rückzug aus dem politischen System könnten eine echte Krise der repräsentativen Demokratie auslösen und die Legitimität des Systems untergraben.

Als Grundvoraussetzung für die Lösung dieses Problems ist es entscheidend, die Glaubwürdigkeit der Politik und das Vertrauen in die Politik wiederherzustellen. Zudem wird es immer wichtiger, die Aufmerksamkeit auf „attraktive Themen“ zu lenken, die den Jugendlichen etwas bedeuten. Ebenfalls sehr wichtig ist die Verbesserung der demokratischen und politischen Bildung in den Schulen, um junge Menschen schon früh mit der Bedeutung von Politik vertraut zu machen. Auch über die Senkung des Wahlalters, die einige Länder schon vorgenommen haben, sollte nachgedacht werden.

Vor allem aber ist es mehr denn je notwendig, „ein gesellschaftliches Projekt zu schmieden, zu dem junge Menschen sich bekennen“. Die Sozialisten und Sozialdemokraten haben allen Grund, darauf zu setzen. Auch wenn junge Menschen allgemein weniger linksorientiert sind als noch vor zwei Jahrzehnten, neigen sie tendenziell immer noch stärker zum linken Flügel als die Bevölkerung insgesamt.

Vor allem aber ist es mehr denn je notwendig, „ein gesellschaftliches Projekt zu schmieden, zu dem junge Menschen sich bekennen“. Die Sozialisten und Sozialdemokraten haben allen Grund, darauf zu setzen. Auch wenn junge Menschen allgemein weniger linksorientiert sind als noch vor zwei Jahrzehnten, neigen sie tendenziell immer noch stärker zum linken Flügel als die Bevölkerung insgesamt.

## Janelle Ward

*Lehrbeauftragte, Fakultät für Medien und Kommunikation, Erasmus Universität Rotterdam*

Die neuen Medien sind ein wichtiges Instrument, um das politische Engagement junger Menschen und der Bevölkerung insgesamt zu fördern. Andererseits ist eine Präsenz auf interaktiven sozialen Netzwerken wie Facebook oder Twitter keine Garantie für einen besseren Kontakt zu jungen Menschen, die sich hier sehr oft zynisch äußern. Niemand glaubt, dass die Facebook Seiten von Spitzenpolitikern wirklich von ihnen selbst formuliert wurden, was dann die Jungen dazu führt sich die Frage zu stellen: "Warum sollten wir uns mit 'Ghostwritern' beschäftigen?"

Schlimmer als „online“ total inaktiv zu sein ist nämlich, ein Profil einzurichten und dieses dann ruhen zu lassen. Soziale Netzwerke im Internet erfordern ein individuelles Engagement oder Teamarbeit, um diese aktive Anwesenheit im Netz aufrecht zu erhalten.



## “ Stimmen aus der Debatte

*„In den 1950ern, 1960ern und 1970ern war die sozialistische Weltbewegung eine emotionale Bewegung, die die Herzen der Jugendlichen eroberte. Wir stehen heute für die gleichen Werte wie damals, warum also kommen die Jugendlichen nicht zu uns?“*

*„Wir sind zu technokratisch geworden. Junge Menschen sehen uns als Berufspolitiker. Wir müssen unseren Gefühlen freien Lauf lassen und mehr Leidenschaft zeigen.“*

*„Es darf nie hauptsächlich darum gehen, was wir tun müssen, um die Menschen anzuziehen. Es sollte in erster Linie darum gehen, dass wir Lösungen für die anstehenden Probleme bieten. Wenn die Jugendlichen denken, dass es uns nur um das politische Überleben geht, werden sie uns nicht einmal das zugestehen.“*

*„Es sind die jungen Leute, die auf die Straße gehen können, um für das zu kämpfen, woran sie glauben. Zurzeit scheinen wir keine Botschaft zu haben, die sie wirklich dazu bewegen würde, hinauszugehen und zu kämpfen.“*

*„Junge Menschen arbeiten in Nichtregierungsorganisationen, für internationale Organisationen, leisten Freiwilligendienste, arbeiten mit behinderten Kindern. Das zeigt, dass sie sich sehr wohl einbringen wollen – sie wollen etwas bewegen.“*

*„Die sozialen Medien bieten enorme Möglichkeiten und sind beliebt, aber sie können kein Ersatz sein für den Aufbau von traditionellen sozialen Beziehungen zwischen Menschen. Wenn wir es nicht schaffen, Menschen im direkten persönlichen Kontakt zu überzeugen, wie können wir dann erwarten, dies einen Schritt weiter entfernt über die sozialen Medien zu schaffen?“*

”



**PLENARDEBATTE I  
BARCELONA-KONFERENZ**

# POLITISCHE PRIORITÄTEN FÜR EINE ERNEUERTE EUROPÄISCHE UNION

Barcelona, 20. Juni 2011

Die eröffnende Plenardebatte der Konferenz konzentrierte sich auf die Benennung der Kernelemente einer sozialdemokratischen Agenda für eine erneuerte Europäische Union. Vortragende und Teilnehmer diskutierten über die Themen, die im Mittelpunkt des Wahlkampfs des Mitte-Links-Lagers stehen sollten, damit dessen Ziele erreicht werden und die Unterstützung durch die Öffentlichkeit zurückgewonnen wird.

## Ramón Jáuregui

*Präsidenschaftsminister der spanischen Regierung*

Wir müssen für die Zukunft sicherstellen, dass die Politik über die Wirtschaft und die Märkte herrscht und diese lenkt und nicht andersherum. Das wollen und erwarten die Menschen von uns.

Wir müssen auch die Rolle von Unternehmen hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung neu formulieren. So muss die Linke unternehmerische gesellschaftliche Verantwortung einfordern. Es bildet sich eine neue Arbeitsgesellschaft heraus, und unser alter Traum von angemessener Arbeit sollte im Rahmen der Wirtschaft einer Wissensgesellschaft modernisiert werden. Es ist wichtig sicherzustellen, dass Wettbewerb vereinbar ist mit sozialem Zusammenhalt und ökologischer Nachhaltigkeit.

Die Finanzkrise hat klar verdeutlicht, dass die Steuerpolitik in Europa in Richtung mehr Harmonisierung erneuert und hinsichtlich sozialer Aspekte fortschrittlicher gestaltet werden muss. Auch die Verwaltung des Wohlfahrtsstaates und der öffentlichen Dienste sollte überarbeitet werden mit dem Ziel finanzieller Stabilität. Gleichberechtigung im 21. Jahrhundert bedeutet, Chancengleichheit zu haben; das sollte deshalb unsere höchste Priorität sein.

Wir können den Herausforderungen, denen wir uns gegenübersehen, nur dann begegnen und unsere Ziele nur dann erreichen, wenn wir eine europäische und internationale Lösung finden, und wir müssen den zunehmenden Euroskeptizismus und das Wiedererstarken des Nationalismus bekämpfen, der die Grundlage der EU in Frage stellt.



## Steven Hill

*Politischer Autor und Kolumnist, Kalifornien, USA; Autor von Europe's promise*

Europa muss seine Erfolge verteidigen und an diese anknüpfen. Es hat als globaler Akteur noch immer eine wesentliche Rolle zu spielen, wenn es darum geht, Lösungen für die Probleme zu finden, denen wir uns gegenübersehen oder Antworten auf unsere beiden größten Herausforderungen zu formulieren, nämlich auf die Sicherstellung eines angemessenen Lebensstandards für eine wachsende Weltbevölkerung und auf die Frage nach einem diesbezüglichen nachhaltigen Ansatz.

In vielfacher Hinsicht hätten sich die Sozialdemokraten in den letzten Jahren durchsetzen müssen, haben aber, statt Wahlsiege davon zu tragen, relativ wenig Unterstützung erfahren. Woran liegt das? Teilweise liegt es daran, dass die Botschaft der Sozialdemokraten nicht klar genug ist. Das Mitte-Links-Lager braucht ein schlüssiges Programm und sollte sich auf die Festlegung von zentralen Prioritäten konzentrieren, die es dem Wähler bei der nächsten Wahl vermitteln kann.

Das wichtigste Thema der Wechselwähler ist die Sicherheit; in erster Linie die Wirtschafts- und Arbeitsplatzsicherheit. Besorgniserregend sind aber auch die hiermit zusammenhängende Themen wie die Sicherheit des sozialen Systems und die Sicherheit an den Grenzen, welche wiederum eng zusammenhängen mit der Immigration und dem Schicksal der Eurozone.

Die Sozialdemokraten müssen beweisen, dass sie die Sorgen der Menschen verstehen und dass sie Antworten auf die Fragen haben, die sie am meisten beschäftigen.

## **Bernadette Ségol**

*Generalsekretärin, Europäischer Gewerkschaftsbund*

Gewerkschaften sind Teil der Lösung der vielen Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen, und spielen eine wichtige Rolle. Die EU-Mitgliedstaaten behandeln uns jedoch häufig, als ob wir Teil des Problems wären, und sie scheinen die Absicht zu verfolgen, die Grundlagen der Gewerkschaftsbewegung und unsere repräsentativen Strukturen in Europa zu untergraben.

Gewerkschaften sehen Europa als Teil der Lösung und nicht als Teil des Problems dieser Herausforderungen an, wir haben jedoch zuweilen Schwierigkeiten, diese Botschaft zu vermitteln. Populistische Botschaften lassen sich sehr viel einfacher ausdrücken und wir brauchen Unterstützung, um dem entgegenzuwirken. Europa unternimmt jedoch sehr wenig, um uns zu unterstützen: Die Sozialgesetzgebung wird abgebaut und die EU untergräbt die Bemühungen zum Aufbau eines sozialen Europas. Wenn Europa unsere Hilfe möchte, dann müssen wir auch etwas zurückbekommen als Beweis, dass Europa zum sozialen Fortschritt beiträgt.

Die Linke muss außerdem positiver an die Sache herangehen, betonen, was wir erreicht haben, sich auf die Möglichkeiten konzentrieren, die uns zum Handeln offenstehen und einen Sinn dafür vermitteln, dass wir den Herausforderungen begegnen können, wenn wir zusammenarbeiten.

## **Matthias Machnig**

*Wirtschaftsminister in Thüringen, Deutschland*

Die Sozialdemokraten befinden sich in einer schwierigen Lage, da viele unserer Versprechen aus der Vergangenheit nicht eingelöst wurden. Wir haben gesagt, dass Wachstum für mehr Sicherheit sorgen würde, aber nun herrscht weniger soziale Verantwortung; wir haben versprochen, dass der Fortschritt zu mehr Demokratie führen würde, aber

das Gegenteil ist eingetreten; und die politischen Parteien, Regierungen und die Institutionen der EU sind nicht länger Herr der Lage. Dies alles führt zur Delegitimierung der Europäischen Union und des Nationalstaats.

Die Sozialdemokraten haben ein Kommunikationsproblem, aber wir sollten das Pferd nicht von hinten aufzäumen. Wir haben auch Probleme den Inhalt und die Glaubwürdigkeit betreffend und hier müssen wir als erstes ansetzen.

Fortschritt, Gerechtigkeit und Sicherheit sollten unsere Schlagwörter lauten.

Wir müssen eine glaubwürdige sozialdemokratische Wirtschaftspolitik für die nächsten 3-4 Jahre entwickeln, uns auf die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze konzentrieren, betonen, dass der Markt nicht alle Probleme lösen kann, die europäische Wachstums- und Industriepolitik vorantreiben und Wege finden, um Konvergenz auf europäischer Ebene zu fördern.

Erst danach sollten wir uns darauf konzentrieren, wie wir diese Botschaft am besten klar und erfolgreich vermitteln können, damit die Wähler eine klare Entscheidung zwischen links und rechts treffen können.

## **Enrique Barón Crespo**

*Ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der SPE Fraktion*

Die Sozialdemokratie wird nicht „untergehen“ – die Wähler werden zu uns zurückkehren, wenn ihnen bewusst wird, dass die durch die konservativen Regierungen in Europa eingeführte Politik nicht funktioniert und die Probleme noch verschärft. Wir müssen uns aber selbst verändern und erneuern.

Als Sozialisten und Sozialdemokraten haben wir bislang noch nicht die notwendigen Schritte eingeleitet, um eine europäische Alternative zu schaffen. Dies ist eine große Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Darüber hinaus müssen wir für die nächsten Wahlen eine klarere und eingängigere Botschaft formulieren.

Das europäische Sozialmodell wird außerhalb der EU sehr geschätzt und andere wollen es uns gleich tun. Wir müssen den Wählern in Erinnerung rufen, was wir erreicht haben, die Fortschritte verteidigen, die wir erzielt haben und erklären, welche Bedeutung Errungenschaften wie die Charta der Grundrechte haben.

Wir müssen innerhalb unserer Bewegung eine Debatte eröffnen und ein vollkommen neues Programm entwickeln, mit dem die sehr realen Probleme angegangen werden, denen sich die Bürger gegenübersehen. Kurzum, wir müssen der europäischen Sozialdemokratie ein Gesicht geben.

## Bernhard Weßels

*Dozent an der Humboldt Universität, Berlin*

Viele Menschen zweifeln inzwischen daran, dass Politik Probleme lösen kann, und eine der wichtigsten Herausforderungen der sozialdemokratischen Bewegung liegt darin, das Vertrauen der Bürger in die Politik wiederherzustellen. Dies ist keine leichte Aufgabe, aber die Linke ist eher in der Lage dazu als die Rechte.

Sozialdemokratischen Parteien mangelt es häufig auch an einem klaren Profil und einer klaren Botschaft. Wir müssen klare Prioritäten aufstellen, die Wähler führen, anstatt ihnen hinterherzulaufen, und Wahlen wieder eine Bedeutung verleihen. Wenn die Menschen wissen, worum es geht, wird die Wahlbeteiligung steigen.

Wenn diese Botschaften erst einmal erarbeitet wurden, müssen sich die Sozialdemokraten auf die Mobilisierung unserer möglichen Unterstützer konzentrieren, denn wenn man in Kontakt mit potentiellen Wählern steht, ist es sehr viel wahrscheinlicher, dass sie am Wahltag für einen stimmen.

## Kaisa Penny

*President of ECOSY*

Obwohl junge Wähler im Allgemeinen noch immer eher links- als rechtsorientiert sind, binden die Sozialdemokraten sie nicht ausreichend in politische Debatten mit ein. Wir haben gute Programme und Lösungen für die vielen Probleme, denen wir uns gegenübersehen, aber häufig berichten wir den Menschen nur darüber, anstatt ihnen das Gefühl zu vermitteln, dass sie unsere Herangehensweise beeinflussen können. Einfach ausgedrückt, sollten Politiker nicht zu jungen Menschen oder über sie sprechen, sondern mit ihnen.

Junge Menschen würden zur Wahl gehen, wenn sie das Gefühl hätten, dass sie Entscheidungen beeinflussen können. Aus diesem Grund tendieren sie dazu, sich in einer Bewegung für bestimmte Themen zu engagieren, z. B. für Menschenrechte und den Umweltschutz, in der sie das Gefühl haben, etwas bewegen zu können, oder kleinere Parteien wie die Grünen zu unterstützen, da sie den Eindruck haben, hier mehr Einfluss ausüben zu können.

Es gibt viele Wege und Organisationen, über die man sich der sozialdemokratischen Bewegung anschließen kann. Um wirklich Einfluss zu gewinnen oder in einer Führungsposition zu gelangen, muss man sich auf jeden Fall im Rahmen dieser Organisationen engagieren. Wir müssen neue Formen der Teilnahme schaffen, die es den Menschen erlauben, sich zu engagieren und Einfluss zu nehmen über die verschiedensten Lebenssituationen und auf Arten und Weisen, die für sie am besten geeignet sind.

A renewed So  
to face Europ  
S&D Group Conferenc





# **GESPRÄCHSRUNDEN**

# DEMOKRATIE UND FREIHEIT

Barcelona, 21. Juni 2011

Das Gespräch am runden Tisch zum Thema „Demokratie und Freiheit“ beschäftigte sich mit der Frage, wie man den Bedrohungen der Demokratie und der Freiheit innerhalb der EU am besten entgegenwirken kann und wie man Demokratie und Freiheit außerhalb der Europäischen Union fördern kann. Die Hauptredner – Christian Levrat, Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Alfred Gusenbauer, Vorsitzender der FEPS Next Left und ehemaliger Bundeskanzler von Österreich, Catherine Trautmann, MdEP, Delegationsleiterin der PS-F in der S&D Fraktion, Jan Pronk, ehemaliger Minister für Entwicklungshilfe und UN-Sonderbeauftragter und die Teilnehmer waren sich einig, dass die Glaubwürdigkeit Europas auf dem Spiel steht und dass es umfangreichere Maßnahmen bedarf, um die Grundwerte der EU zu verteidigen.

Die aktuelle Bedrohung der Demokratie innerhalb der Europäischen Union ergibt sich aus dem Verlust des Vertrauens in die Politik und die Politiker. Dies stellt für die Sozialdemokraten ein größeres Problem dar als für das rechte Lager, da die Verteidigung der partizipativen Demokratie ein Grundpfeiler unseres politischen Programms ist, wohingegen sie nie ein wichtiger Bestandteil des Programms der Rechtsparteien war.

Die Proteste der „Indignados“ in Spanien sind eine Art parallel verlaufende Volksbewegung, eine Rebellion gegen die gesamte Politik und Finanzwelt, die im Zusammenhang mit diesem Verlust des Vertrauens in demokratische Regierungen steht. Die Politikverdrossenheit und Entfremdung der jungen Menschen vom politischen Prozess gibt Anlass zu ernster Besorgnis. Sie haben keine Hoffnung mehr und wir müssen einen Weg finden, um sie ihnen zurückzugeben.

Beschäftigung ist ein Grundrecht und Ungleichheiten aufgrund des Fehlens von Arbeitsplätzen kommen einer Beschränkung der Freiheit gleich, was zu einer stärkeren Unterstützung der Populisten und der Rechtsparteien beiträgt und die Sozialdemokratie ernsthaft bedroht, insbesondere wenn die lokalen Arbeitnehmer, sprich unsere Wählerschaft, Zuwanderer für die wachsende Arbeitslosigkeit verantwortlich machen. Wirksame wirtschaftliche und

soziale Maßnahmen sind von entscheidender Bedeutung, um dem entgegenzutreten. Die Sozialdemokraten konnten seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise die notwendigen Reformen jedoch nicht vornehmen, da wir in den meisten EU-Mitgliedstaaten nicht an der Macht sind.

Angesichts der Bedrohungen für Demokratie, Menschenrechte und Grundfreiheiten in einigen EU-Ländern steht Europas Glaubwürdigkeit auf dem Spiel. Mehr als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt in den vergangenen 20 Jahren ist wirksames Handeln auf europäischer Ebene unerlässlich, um die Pressefreiheit zu schützen und andere Bedrohungen für die Demokratie, die sich ausbreiten können, zu bekämpfen. Dies erfordert die verstärkte Überwachung der Pressefreiheit seitens der EU, die Achtung der demokratischen Grundsätze und der Grundrechte und ein Frühwarnsystem, damit gewährleistet wird, dass die Europäische Union schnell reagiert, wenn die Grundsätze und Grundrechte in Gefahr sind.

In mehreren europäischen Ländern wird die religiöse Auseinandersetzung mit dem Islam als Bedrohung für nationale Identität und Wertesysteme empfunden. Viele Jahre lang haben es die Sozialdemokraten nicht gewagt, Themen wie Multikulturalismus und Einwanderung zu diskutieren, da sie befürchteten, dass dies intern zu Uneinigkeit führen würde. Das war ein Fehler,



durch den der populistischen Rechten Tür und Tor geöffnet wurde, um immer stärker zu werden, und der die Sozialdemokraten in Bezug auf dieses Thema in die Defensive gedrängt hat.

Indem wir es nun vermeiden, uns für Europa zu engagieren – ein weiteres unpopuläres Thema bei den Wählern – laufen wir Gefahr, einen noch größeren Fehler zu begehen, da die notwendige Neugewichtung der Befugnisse innerhalb der sozialen Marktwirtschaft nur auf europäischer Ebene erreicht werden kann.

Die Sozialdemokraten dürfen das Thema Europa nicht den Rechtspopulisten überlassen. Wir müssen für Europa kämpfen und zwar für ein Europa nach unseren Vorstellungen, damit wir unsere Ziele erreichen können; wir müssen uns also für die „soziale Demokratisierung Europas“ einsetzen. Unsere Botschaft an die Menschen muss lauten, dass Europa die einzige Möglichkeit ist, aber es muss ein Europa mit einer starken Wirtschaftsregierung, politischer Legitimität und einem wiederhergestellten Gleichgewicht der Marktwirtschaft zugunsten des Wachstums, der Beschäftigung und sozialen Gerechtigkeit sein.

Wenn es um die Verteidigung der Demokratie außerhalb der EU geht, weisen alle aktuellen Indikatoren in die „falsche Richtung“ (die zunehmende Verknappung natürlicher Ressourcen, die Auswirkungen des Klimawandels, Nahrungsmittel- und Energiekrisen, weltweit wachsende Armut, etc.) und der Westen, einschließlich Europa, stand in einer konfliktreichen Welt allzu oft auf der falschen Seite, weil er die Konflikte entweder ignoriert hat, die falschen Parteien oder Führer unterstützt hat oder weil er auf militärische Intervention zurückgegriffen hat, ohne sich mit den Ursachen der Konflikte zu befassen.

Außerdem macht sich die EU zu häufig der Heuchelei schuldig, wenn sie beispielsweise von Nachhaltigkeit spricht, während es ihr nicht gelingt die CO<sub>2</sub>-Emissionen ausreichend zu senken, wenn sie den freien Handel verteidigt und gleichzeitig von subventionierten landwirtschaftlichen Exporten profitiert, wenn sie die Energiepolitik basierend auf der Verwendung von Biokraftstoffen reformiert und so die Lebensmittelpreise in die Höhe treibt und wenn sie in Freihandelsabkommen die wirtschaftlichen Interessen über Menschenrechte und Demokratie stellt.

Glaubwürdigkeit ist in diesem Zusammenhang das Schlüsselwort. Wir brauchen eine gemeinsame, koordinierte und integrierte Politik, um all diese Themen anzugehen. Die einzige brauchbare Lösung ist Konfliktmanagement basierend auf Werten und der Sicherheit der Menschen.

# PROGRESSIVE FOREIGN POLICY

## EINE PROGRESSIVE AGENDA FÜR DIE AUSSENPOLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION

Europäisches Parlament, Brüssel, den 30. Juni 2010

### Hauptreferate

#### Massimo d'Alema

*Ehemaliger Regierungschef und Außenminister Italiens,  
Präsident der „Foundation for European Progressive Studies“ (FEPS)*



Die EU hat lange und mit Nachdruck für eine multilaterale Weltordnung gekämpft. Paradoxerweise haben wir jetzt eine US-Regierung, die Multilateralismus fordert, und anscheinend ist Europa nicht darauf vorbereitet und unfähig, machbare Lösungen für globale Probleme vorzulegen.

Die Außenpolitik der EU ist ein Spiegelbild ihrer Fähigkeit, eine führende Rolle bei der Entwicklung einer „Exit-Strategie“ aus der aktuellen Wirtschaftskrise zu spielen. Die Krise hat folgendes aufgezeigt: 1) ein Demokratiedefizit (ein Mangel an Führung und Kontrolle); 2) ein Defizit in der Wirtschaftsentwicklung (die Globalisierung hat enorme globale wirtschaftliche Ungleichheiten erzeugt); 3) ein Innovationsdefizit (niedrige Löhne in Entwicklungsländern haben hohe Profite ohne

jegliche Innovationspolitik gestützt). Europa war nicht in der Lage, echte Alternativen anzubieten und ein klares Profil zu zeigen, was sich auf die Bedeutung europäischer Außenpolitik ausgewirkt hat.

Das Image der EU außerhalb Europas hängt auch davon ab, in internationalen Organisationen Einheit zu demonstrieren. Die internationale Gemeinschaft sieht die EU jedoch als ein „Europa der Nationen, die um des Prestige willen im Konflikt miteinander stehen“.

Eine progressive Agenda für die EU-Außenpolitik muss zwei Prioritäten haben: eine bessere Leistung in ihrer „Makro-Region“ (Balkan, Mittelmeerraum, Türkei) sowie die Entwicklung einer starken Position bezüglich des israelisch-palästinensischen Konflikts. Dieser Konflikt stellt ein kritisches Problem dar, bei dem die EU-Position schwach ist und die EU unentschieden handelt. Sie muss auch ihre Beziehungen zum Osten, insbesondere zu Russland, ausbauen und hat eine moralische Verpflichtung, eine konstruktive Präsenz in Afrika aufzubauen. Vor allem aber brauchen wir eine klare Vision welches Image wir für Europa wollen.

## Jan Pronk

*Ehemaliger niederländischer Minister für Entwicklung und Kooperation, ehemaliger Sonderbeauftragter der UNO für den Sudan, Professor am internationalen Institut für Sozialstudien, Den Haag*

Im letzten Jahrzehnt hat sich die Weltordnung völlig verändert. Globalisierung bedeutet, dass es keine Unterscheidung mehr zwischen traditioneller Außenpolitik und internationaler Wirtschafts-, Handels- und Klimapolitik gibt und auch keine Unterscheidung mehr zwischen der EU-Außenpolitik und den internationalen Politiken der einzelnen Mitgliedsstaaten. Jedoch wird die EU von der Außenwelt nicht mehr als relevant gesehen, weil sie als innerlich gespalten und in ihrem Handeln sehr langsam wahrgenommen wird.

Die Zukunft wird aufgrund zunehmender Armut, steigender Arbeitslosigkeit und des Klimawandels konfliktgeladen sein. Daher sollte das wichtigste Ziel der EU-Außenpolitik das Konfliktmanagement sein, basierend auf dem Schutz der Menschenrechte und erhöhter Sicherheit, sowie auf Maßnahmen zur Verringerung von Ungleichheiten, zur Beseitigung der Armut und zur Förderung der ökologischen Nachhaltigkeit. Beim Anfang der Verhandlungen für Konfliktlösungen sollte der Schutz der Menschenrechte im Vordergrund stehen, da Menschenrechtsverletzungen im allgemeinen sich mit zunehmender Dauer der Krise verschlimmern.

Die EU-Außenpolitik sollte vier Hauptziele verfolgen: 1) die Ziele zu erreichen, zu denen wir uns in der Vergangenheit verpflichtet haben (einschließlich der Millenniums-Entwicklungsziele und der Kyoto-Ziele); 2) eine Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt zu finden; 3) an internationalen Friedensoperationen im Rahmen der Vereinten Nationen teilzunehmen auf der Grundlage eines DDD-Ansatzes (Diplomatie, Development (Entwicklung) und Defence (Verteidigung)); 4) interne Streitigkeiten zu lösen und die gemeinsame Position der EU in mehreren Bereichen zu stärken.

Die Ungleichheit und die Armut in der Welt sind zum Teil Ergebnisse unserer Politik. Dies zu beseitigen ist ein unerreichbares Ziel, aber wir können für weniger Ungleichheit kämpfen. Das muss das Ziel unserer Außenpolitik sein.





## “ Stimmen aus der Debatte

*„Die Konservativen sind dafür verantwortlich, dass Europas Rolle in der Welt immer kleiner wird, aber wo sind die progressiven Kräfte? Wir haben es nicht geschafft, eine starke und klare alternative Politik vorzulegen.“*

*„Europa sollte beim Wiederaufschwung, beim Klimawandel, beim Handel, bei besseren Standards und bei der Reform des Finanzsystems führend sein, und das ist im Moment nicht der Fall. Unsere Familie sollte Europa drängen, Verantwortung zu übernehmen.“*

*„Bevor wir anfangen, dem Rest der Welt zu sagen, was sie tun sollen, müssen wir Unterstützung innerhalb der EU für die Überwindung von nationalen Interessen finden.“*

*„Die Verringerung der Ungleichheit ist ein sehr wichtiger Bestandteil der Außenpolitik, weil dadurch das Konfliktpotenzial verringert werden könnte. Und das ist eines der Hauptziele der Außenpolitik.“*

*„Es ist ein Fehler zu glauben, man könne den israelisch-palästinensischen Konflikt umgehen. Tatsächlich ist dieser Konflikt das zentrale Verbindungsglied, aber Europas Position ist nicht klar und entschlossen genug.“*

*„Es ist wichtig, die gemeinsamen Interessen der EU als eine politische Einheit zu bestimmen, nicht nur als ein freier Markt.“*

”

# MIGRATION, INTEGRATION, IDENTITÄT UND TOLERANZ

## MIGRATION, INTEGRATION UND IDENTITÄT

Europäisches Parlament, Brüssel, 4. Mai 2011

### Hauptreferate

#### Anna Terrón I Cusí

*Staatssekretärin für Einwanderung und Auswanderung, Spanien*

Die Sozialdemokraten müssen dafür sorgen, dass sich die Debatte über Einwanderung auf Tatsachen stützt, also auf die tatsächliche Lage und nicht auf Mythen. In der Öffentlichkeit werden Migranten eher als arm und "anders" wahrgenommen, obwohl das nicht richtig ist. Auch die Behauptung des rechten Flügels, dass wir Migration nicht so gut bewältigen könnten wie sie, trifft nicht zu.

Wir sollten über "integrierte Gesellschaften" anstatt über die "Integration von Menschen" reden; darüber, wie mit Menschen unterschiedlicher Herkunft, die über ein Mindestpaket von gemeinsamen Werten verfügen, eine integrierte Gesellschaft geschaffen werden kann. Wir müssen unser Augenmerk auf die Rechte des Einzelnen lenken und unser Vorgehen am Grundsatz der Gleichbehandlung ausrichten.

Die Sozialdemokratie beruht auf dem Grundgedanken des sozialen Zusammenhalts. Wir müssen sehen, wie die Realität für jeden Einzelnen in Bezug auf seine Rechte ist, dafür sorgen, dass diese Rechte geachtet werden und dass jedermann vor dem Gesetz gleich ist. Anderenfalls kann es keinen sozialen Zusammenhalt geben.

Wie meistens im Leben umfasst auch die Migration als komplexe Erscheinung positive und negative Aspekte. Wir müssen sowohl den positiven Beitrag, den Migration für unsere Gesellschaften leistet, als auch die Probleme anerkennen. Die Probleme lassen sich durch wirkungsvolle Gestaltung der Migrationspolitiken lösen. Die einzige Möglichkeit, Nationalisten und Populisten, den Meistern von Ausgrenzung und Schuldzuweisungen an andere,



entgegenzuwirken, besteht darin, sich auf die tatsächliche Situation zu konzentrieren und einen kühlen Kopf zu bewahren. Wir dürfen uns nicht der Parolen der Rechten bedienen.

Mehr denn je müssen wir dieses Thema heute im europäischen Rahmen zur Sprache bringen. Wir können den freien Personenverkehr im 21. Jahrhundert nur bewältigen, wenn wir ein internationales Struktur- und Ordnungsschema für Migration entwickeln.

## António Vitorino

*Ehemaliges Mitglied der Europäischen Kommission,  
zuständig für Justiz und Inneres*

Die öffentliche Wahrnehmung von Einwanderung spielt im Zusammenhang mit einem umfassenderen Problem eine wichtige Rolle: Die Menschen haben erhebliche Zweifel an der Tragfähigkeit des europäischen Sozialmodells und empfinden Migration eher als Belastung der Sozialsysteme denn als eine Bereicherung.

Die sozialistischen Regierungen haben den positiven wirtschaftlichen Beitrag von Migranten nicht akzentuiert aus Angst, dies würde ihre Glaubwürdigkeit in Sicherheitsfragen untergraben. Einige hatten das Gefühl, unter Beweis stellen zu müssen, dass sie in Sicherheitsfragen ebenso entschieden wie die Rechten vorgehen und kopierten diese. Das war ein Fehler. Wir müssen uns nicht zwischen den beiden Möglichkeiten entscheiden, denn wir können nachdrücklich auf der Bekämpfung illegaler Migration bestehen, um die legale Einwanderung zu schützen.

Populismus ist nichts Neues, doch einige große Mitte-Rechts-Parteien sind dabei, ihre Werte aufzugeben, weil sie befürchten, sie können ihre Unterstützung nur aufrechterhalten, wenn sie es den Populisten gleichtun. Das ist eine ernsthafte Bedrohung für die Überlebensfähigkeit unseres gesamten politischen Modells.

Integration ist ein Kompromiss zwischen Toleranz und Intoleranz. Migranten, die unsere zentralen Werte in Frage stellen, können wir nicht tolerieren. Wir können beispielweise auch nicht zur Wahrung "kultureller Besonderheiten" Ausnahmen vom Grundsatz der Gleichheit zwischen Mann und Frau zulassen.

Der Fach- und Arbeitskräftemangel in Europa bedeutet, dass Europa in Zukunft darum wetteifern wird, Fachkräfte anzuziehen anstatt Menschen abzuweisen. Bringen wir den Mut auf, dieses Argument anzuführen? Ich bin überzeugt davon, dass wir ihn aufbringen sollten, weil sehr wichtige Werte auf dem Spiel stehen. Manchmal



## “ Stimmen aus der Debatte

*"Anstatt Einwanderung als Bedrohung für die Sicherheit anzusehen, wie viele im rechten Lager das tun, müssen wir die Tatsache betonen, dass sie zur Erhaltung unseres europäischen Modells wichtig ist."*

*"Es gibt keine Möglichkeit, diese Frage auf nationaler Ebene zu lösen. Wir müssen sie zur europäischen Frage machen. Mit dem Lissabon-Vertrag stehen uns jetzt die geeigneten Instrumente zur Verfügung. Wir müssen anfangen, sie zu benutzen."*

*"Die Art und Weise, wie Menschen sich integrieren, sollte ihnen ermöglichen, mehr Kompetenz, Selbständigkeit und Wohlstand zu erlangen und an einem guten Ort zu leben. Das sind die Themen, auf die wir uns konzentrieren müssen."*

*"Der Kampf gegen jedwede Form der Diskriminierung ist unser Kampf: Hier lässt sich die Trennungslinie zwischen uns und dem rechten Lager in dieser Frage ziehen."*

”

scheinen wir überzeugt zu sein, dass wir bei diesem Thema nur verlieren können und das Risiko nicht eingehen können, das uns jedoch auch eine Chance auf Erfolg bieten würde. Es ist Zeit, dass wir unsere Entschlossenheit zum Ausdruck bringen und unsere Haltung zum Thema Einwanderung konsequent vertreten.

### Emir Kir

*Minister der Regierung der Region Brüssel, zuständig für Mobilität, den Öffentlichen Dienst, Chancengleichheit & Verwaltungsvereinfachung*

Wir sollten vermeiden, im öffentlichen Diskurs die Begriffe "Migration, Integration und Identität" miteinander zu verknüpfen. Das ist die Vorgehensweise rechter Politik, Ausländer auf ihrem eigenen Terrain zu stigmatisieren. Es ist überaus gefährlich, Identität über Herkunftskultur, Philosophie, Glauben oder Geburtsort zu identifizieren.



Zudem müssen wir achtgeben, wenn wir von Integration reden: Sollten wir die Meinung vertreten, dass Menschen, die in unserer Nachbarschaft arbeiten, leben und Steuern zahlen, integriert werden müssen, nur weil sie eine andere Hautfarbe oder eine andere Religion haben?

Worauf wir dagegen wirklich unser Augenmerk richten sollten, das ist die soziale Integration: Zugang zu Bildung, Kinderbetreuung, Kompetenzen und Arbeitsplätze. Die Chancengleichheit muss gefördert werden. Viele Menschen werden noch immer aufgrund ihrer Hautfarbe diskriminiert. Der Kampf gegen Diskriminierung und die Förderung von Vielfalt müssen Topthemen sein.

Kehren wir noch einmal zu den Grundlagen zurück. Der große Kampf für die sozialistische Bewegung muss die Gleichstellung sein. Unsere vorrangige Aufgabe muss darin bestehen, für die Gleichbehandlung aller Arbeitnehmer zu sorgen. Dies sollte keine Debatte zwischen Einheimischen und Ausländern sein. Anstatt Ausländer als Problem wahrzunehmen, sollten wir die positiven Aspekte sehen, die sie für unser Land bedeuten. Sie bereichern uns und sind für den Erfolg unserer Volkswirtschaft unerlässlich.

# IDENTITÄT UND TOLERANZ

Barcelona, 21. Juni 2011

Das Gespräch am runden Tisch zum Thema „Identität und Toleranz“ beschäftigte sich mit der Frage, wie man die Migration am besten steuern, die Integration fördern sowie Populismus und Fremdenfeindlichkeit bekämpfen kann. Die Hauptredner Gema Martin Muñoz, Direktorin der „Casa Arabe“, Henning Meyer, Herausgeber von „Social Europe“, Anna Terrón I Cusi, Staatssekretärin für Einwanderung und Auswanderung, Spanien, Juan Fernando López Aguilar, MdEP, Delegationsführer der PSOE, S&D Fraktion und die Teilnehmer betonten die Notwendigkeit, irreführende Bezeichnungen zu vermeiden und stimmten darin überein, dass die Sozialdemokraten ein glaubwürdiges internationales Programm für Bürgerrechte erarbeiten müssen, um Rechtspopulismus zu bekämpfen.

Die Sozialdemokraten müssen den Kampf gegen die zunehmende Fremdenfeindlichkeit anführen, der einen rassistischen Populismus anheizt, der es häufig auf bestimmte Gruppen abgesehen hat, nicht weil diese in ihrer Wahrnehmung etwas getan haben, sondern weil sie sind, wie sie sind.

Die arabische Revolution hat eine bemerkenswerte Doppelmoral zu Tage befördert: Während die arabischen Länder einen großen demokratischen Wandel begonnen haben, bewegt sich Europa durch zunehmenden Rassismus rückwärts, und es verhält sich schizophren, indem es die demokratische Revolution in den arabischen Ländern unterstützt, gleichzeitig aber die Zuwanderer diskriminiert, die genau aus diesen Ländern kommen, und sie der Islamfeindlichkeit aussetzt.

Wenn Politiker über dieses Thema sprechen, müssen sie sorgfältig darauf achten, die richtige Terminologie zu verwenden. Wenn von „Toleranz“ die Rede ist, dann suggeriert das ein besonderes



Entgegenkommen seitens Europas, wobei doch die Betonung stattdessen auf Würde, gegenseitigem Respekt, Menschenrechten, Bürgerrechten und der Gleichheit vor dem Recht, die ein universeller Grundsatz sein muss, liegen sollte.

Europa muss darüber hinaus auch eine neue Beziehung zu den Einwanderer- und Minderheitengemeinschaften aufbauen. Fremdenfeindlichkeit befeuert den rassistischen Populismus und begünstigt den Aufstieg rechtsradikaler Parteien. Vorurteile gegen eine Gruppe sind dazu angetan, Vorurteile gegen weitere Gruppen anzuheizen, und Vorurteile gegen Einwanderer haben mit der Realität wenig zu tun. Selbst in Ländern, in denen relativ wenige Einwanderer leben wie Polen und Finnland gibt es viele Vorurteile.

Fremdenfeindlichkeit nimmt zu, wenn Menschen sich bedroht fühlen und das Gefühl persönlicher Unsicherheit haben. Die Sozialdemokraten müssen auf diese Unsicherheiten und Ängste eingehen und dafür sorgen, dass



letztere nicht zu Intoleranz und Vorurteilen gegenüber anderen führen. Wir müssen auf die Sorgen derjenigen eingehen, die sich zurückgelassen fühlen, anstatt sie nicht ernst zu nehmen und sie zu ignorieren, ebenso wie wir die Sorgen der Einwanderer berücksichtigen müssen.

Die Linke muss im Kampf gegen Stigmatisierung, gegen das Abstempeln von Minderheiten als Sündenböcke und gegen den sogenannten „Rechtspopulismus“, der ein antieuropäisches Phänomen ist, in der ersten Reihe stehen. Die Sozialdemokraten müssen in Zeiten der Globalisierung dringend zu einer Vision für den Aufbau Europas zurückkehren, die es uns ermöglicht mit Komplexität umzugehen, anstatt vor ihr davonzulaufen und die keine Vorurteile hervorruft gegen jene, die „anders“ sind.

Es gibt keinen einfachen Weg zur Integration. Sehr häufig werden Minderheiten in einer Gesellschaft von den Mehrheiten solange ignoriert und ausgegrenzt, bis eine Minderheit so groß geworden ist, dass sie von ernst zu nehmenden Demokratien nicht länger ignoriert werden kann. Die Minderheit wird dann zu einer wichtigen Nische und der Integrationsprozess beginnt.

Die europäischen Sozialdemokraten sollten sich die Erfahrungen der Amerikaner in den 1960er Jahren hinsichtlich der Förderung der Minderheitenrechte vor Augen führen und zur „Bürgerrechts“-Partei werden. Europa ist bereit für ein glaubwürdiges Integrationsprogramm und die Förderung von Minderheitenrechten ist nicht nur aus humanitären Gründen die richtige Vorgehensweise, sondern ist auch ein kluger politischer Schachzug seitens der Sozialdemokraten und wird langfristig die Unterstützung des Mitte-Links-Lagers durch Minderheitengruppen festigen.

Die Rechte macht häufig genau das Gegenteil von dem, was sie in Bezug auf die Einwanderungspolitik sagt. So kam es zum Beispiel in Spanien zu einer großen Einwanderungswelle mit den entsprechenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, was von der Rechten akzeptiert wurde, doch dann haben sie die Einwanderer für die weitergehenden Auswirkungen verantwortlich gemacht, die sich daraus für die Gesellschaft ergaben.

Einwanderung ist nicht nur ein Thema, das außerhalb der Grenzen Europas seinen Ursprung hat, wenn man zum Beispiel die Debatte in Dänemark nimmt, das der Ansicht ist, es sei Migrationsdruck aus den benachbarten EU-Mitgliedstaaten Schweden und Deutschland ausgesetzt. Die Wahrnehmung von „Immigranten“ variiert ebenfalls: Ein Finne, der in zweiter Einwanderergeneration in einem anderen EU-Land geboren wurde und lebt, wird wahrscheinlich als „einheimisch“ akzeptiert, wohingegen ein afrikanischer Einwanderer in zweiter Generation eher als „Einwanderer“ angesehen wird.

Die Verbindung zwischen Arbeitsmarkt und Einwanderung ist ebenfalls wichtig, denn während die Arbeitsmärkte international sind, ist der Wohlfahrtsstaat national. Die Politik sollte so gestaltet werden, dass Ansprüche auf Sozialleistungen international ausgeweitet werden, um es dem Einzelnen zu ermöglichen, seine Rechte zu behalten, wenn er auswandert.

Die Freizügigkeit auf europäischer Ebene ist derzeit gefährdet und es besteht die Gefahr der Wiedereinführung von Grenzkontrollen; außerdem ist ein internationales Modell des sozialen Schutzes und gleicher Rechte dringend erforderlich. Andernfalls wird die ganze Gesellschaft Schaden nehmen.

In der Vergangenheit haben die Sozialdemokraten dazu tendiert, Einwanderung und Integration als Tabuthemen zu behandeln und haben es nicht gewagt, sie zu erörtern, was dem Mitte-Rechts-Lager ermöglicht hat, die Debatte zu dominieren. Es handelt sich hierbei aber um ein Thema, das unter Sozialdemokraten stärker in den Vordergrund treten kann und muss, damit die Gleichheit von Migranten und Nichtmigranten vor dem Gesetz sichergestellt wird und um die Bedrohung durch den Populismus zu bekämpfen.

**PLENARDEBATTE II**  
**BARCELONA-KONFERENZ**

# EINE ERNEUERTE SOZIALDEMOKRATIE ZUR BEWÄLTIGUNG DER HERAUSFORDERUNGEN EUROPAS

Barcelona, 21 Juni 2011

Die abschließende Plenardebatte der Konferenz der S&D Fraktion in Barcelona konzentrierte sich auf die Festlegung der wichtigsten Schritte, die notwendig sind, um die Sozialdemokratie in Europa „wieder auf Kurs“ zu bringen. Redner und Teilnehmer diskutierten, wie man am besten sicherstellen kann, dass die Sozialdemokratie bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2014 wieder zu einer entscheidenden politischen Kraft wird.



## Ricardo Lagos

*Ehemaliger Präsident von Chile*

Europeans must press ahead with completing  
Die Europäer müssen die Vollendung der Integration Europas vorantreiben. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die gesamte Struktur „zusammenbricht“.

Europa hat überlebt, indem es immer mehr zusammengewachsen ist, und diese Botschaft hat es dem Rest der Welt in den vergangenen 60 Jahren verkündet.

Europa war schon immer ein Vorbild, dem andere nacheifern wollten, da es Demokratie, eine solide Wirtschaft und sozialen Fortschritt zu vereinen wusste. Doch nun wird all dies in Frage gestellt. Die Welt wurde auf den Kopf gestellt, denn Bankiers bestimmen die Bedingungen, unter denen Politiker zu handeln haben, und Politiker retten die Banken.

Die Sozialdemokraten müssen klarstellen, dass wir die Lösung der Probleme, denen wir uns gegenübersehen, nicht den Märkten überlassen können. Wir brauchen eine globale Politik, um uns diesen Herausforderungen zu stellen, anstatt alles den Märkten zu überlassen, und Europa muss bei der Entwicklung dieser Politik eine zentrale Rolle spielen.



## Jacques Delors

*Ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission*

Die Sozialdemokratie hat in der Vergangenheit so viel in Europa erreicht, dass einige bezweifeln, ob wir daran noch einmal anknüpfen können. Europa wird sich selbst nicht treu bleiben, wenn es nicht das Erbe bewahrt, das wir Sozialisten ihm vermacht haben: Jeder hat einen Platz und muss sich der Gesellschaft zugehörig fühlen, und jeder Mitgliedstaat nimmt einen Platz in der Europäischen Union ein.

Wir müssen die Gesellschaft wieder aufbauen und vom Individualismus der Rechten abkommen. Und wir müssen national-populistische Reflexe bekämpfen. Wir können globale Herausforderungen nicht bewältigen, indem wir uns auf nationale oder sogar auf lokale Ebene zurückziehen. Die einzige Ebene auf der es funktionieren kann, ist die europäische und das müssen wir den Bürgern verständlich machen.

Europa ist in einer sehr prekären Lage. Wir haben die Wahl zwischen Fortbestand und Niedergang und wir machen von Jahr zu Jahr Rückschritte. Wenn kein Wunder geschieht, werden wir gezwungen sein, hinsichtlich der Institutionen einen Sprung nach vorne zu wagen, wenn wir den Euro retten wollen. Wir müssen den sich widersprechenden Äußerungen ein Ende setzen, disziplinierter sein und eine Person bestimmen, die für Europa spricht.



## Alfred Gusenbauer

*Vorsitzender der FEPS Next Left und ehemaliger Bundeskanzler von Österreich*

Europa steckt in einer tiefen Wirtschaftskrise und die Politik der rechten Regierungen verschlimmert die Situation weiter. Ihr Rezept – Einsparungen und Einschnitte – ist ein Mittel, das nicht nur schmerzhaft sein wird, sondern uns darüber hinaus kränker machen wird, als zuvor.

Es wird nicht sehr schwierig sein, die nächsten europäischen Wahlen zu gewinnen: Wir müssen lediglich eine sozialdemokratische Alternative für das Problem anbieten und zeigen, dass wir es besser können und eine sozial gerechtere Gesellschaft schaffen; außerdem müssen wir diese Botschaft effektiv vermitteln.

Wir dürfen auf den zunehmenden Nationalismus und Populismus nicht mit der Aufgabe Europas reagieren. Es gibt keine Alternative. Europa ist die Antwort auf die Kernfrage, wie am besten ein neues wirtschaftliches Gleichgewicht hergestellt werden kann. Wenn die Sozialdemokraten Europa aufgeben, werden wir machtlos sein, denn wir haben keine anderen Lösungen parat. Europa ist das einzige Mittel zur Lösung dieser Probleme.

Doch welches Europa wollen wir? Wir müssen ein sozialdemokratisches Europa formen. Es besteht eine untrennbare Verbindung zwischen der Wiederherstellung des sozialen Gleichgewichts in unseren Gesellschaften und der Demokratisierung Europas. Wenn wir die sozialen Probleme nicht angehen, die sich uns auf europäischer und globaler Ebene stellen, werden wir uns dem Kampf um unser wirtschaftliches Überleben stellen müssen.

## Martin Schulz MdEP

*President of the S&D Group*

In der heutigen, globalisierten Welt übersteigen viele Herausforderungen die Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten - etwa die entfesselten Finanzmärkte, der Klimawandel oder die Lebensmittelknappheit. Gerade die auf nationaler Ebene erstrittenen sozialen Rechte können wir angesichts einer transnational aufgestellten Wirtschaft zunehmend nur mehr auf der europäischen Ebene aufrechterhalten, beschützen und ergänzen.

Die Menschen sind noch immer für die Idee Europa. Aber sie sind gegen das Europa, so wie es heute ist. Die Idee Europa wird immer mehr diskreditiert, weil es falsch gemanagt und als sozial ungerecht wahrgenommen wird. Das



müssen wir ändern. Deshalb müssen wir eine linke Alternative zur derzeit von der konservativen Mehrheit einseitig betriebenen Einsparungspolitik und den Kürzungsorgien anbieten, und zwar ganz konkret Maßnahmen zur Förderung des Wirtschaftswachstums und der Arbeitsplatzschaffung.

Dabei dürfen wir nicht davor zurückschrecken, klare Botschaften zu vermitteln. Als Sozialdemokraten neigen wir dazu, Dinge detailliert zu analysieren und zu erklären. Es gibt große programmatische Unterschiede innerhalb der konservativen Parteifamilie und dennoch versammeln sie sich gemeinsam hinter simplen und populistischen Slogans.

Wir Vertreter der Linken müssen den Mut aufbringen, ohne in populistische Simplifizierung zu verfallen, einige klare Botschaften zu kommunizieren, die uns vereinen: dass wirtschaftlicher Wachstum sich auch im Gehalt der Bürger niederschlagen muss, dass faire Löhne von grundlegender Bedeutung für den wirtschaftlichen Aufschwung sind und dass wir im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen nicht weiter kürzen dürfen, da es sich nur reiche Menschen erlauben können, in einem armen Staat zu leben.

## **Poul Nyrup Rasmussen**

*Vorsitzender der SPE*

Die Sozialdemokraten müssen den Wählern eine klare Alternative bieten. Die Menschen müssen auch einen Unterschied zwischen unserem Ansatz und dem unserer Kontrahenten erkennen können. Wenn wir das tun, können wir wieder gewinnen.

Die Kernfrage ist nicht, ob wir Europa brauchen – natürlich brauchen wir Europa –, sondern welches Europa wir brauchen. Wenn wir die angestrebten Änderungen erreichen wollen, müssen wir Brücken zu unseren nationalen Parteien schlagen, damit sie dies anerkennen und Europa zum Kernelement ihrer nationalen Programme machen.

Wir sind die einzigen mit einem kohärenten, konsequenten und konkreten makroökonomischen Programm auf europäischer Ebene, um Europa wieder auf Kurs zu bringen.

Die Kernfrage, die sich die Menschen in ihrem Leben stellen, lautet: „Kann ich das schaffen?“ Wir müssen ihnen einen Plan zur Bewältigung ihrer Ängste an die Hand geben und ihnen Hoffnung in die Zukunft schenken – und genau das tun wir.

Die Finanztransaktionssteuer wird von der SPE und der S&D Fraktion schon seit langem gefordert, und sie ist nur verspätet und zögerlich von den Rechten übernommen worden. Wir haben bewiesen, dass wir diejenigen sind, die eine grundsätzliche Änderung des Weltfinanzsystems fordern. Sozialisten und Sozialdemokraten müssen in Europa zusammenarbeiten, um dies umzusetzen.



# BARCELONA ERKLÄRUNG

Die S&D Fraktion hat auf ihrem Treffen in Barcelona am 20. und 21. Juni 2011 die Sozialisten und Sozialdemokraten in ganz Europa zu einer Debatte darüber aufgerufen, wie die politische Familie an Stärke gewinnen kann. Wir sind davon überzeugt, dass unsere sozialdemokratischen Werte die Welt gerade nach der Krise prägen müssen. Bei den Europawahlen 2014 wollen wir wieder die führende politische Kraft in Europa sein und progressive Mehrheiten im Europäischen Rat, der Kommission und im Europaparlament bilden.

Auf der Konferenz wurden vier wichtige politische Debatten zu Kernfragen geführt. Es handelt sich hierbei um Fragen, auf die wir mit neuer Energie und mit frischen Ideen aus der Zivilgesellschaft Antworten finden wollen.

Wir Europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten, verpflichten uns:

## 1. POLITIK MUSS MEHR VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

Wer werden uns für einen progressiven und fairen wirtschaftlichen Aufschwung einsetzen, der Arbeitsplätze schafft, die Errungenschaften des Sozialstaates schützt, den Aufschwung fördert und hohe Sozial- und Umweltstandards sichert.

Die Verantwortlichen für die derzeitige Krise, können uns nicht auf den Pfad des Fortschritts zurückführen. Um einen Weg aus der Krise zu finden, müssen wir Regulierungsmechanismen für die Marktwirtschaft und insbesondere für die Finanzmärkte einführen, diese Mechanismen sind entscheidend für ein neues Model der sozialen Marktwirtschaft. Politik muss den Ordnungsrahmen für die Märkte schaffen.

## 2. VERTEIDIGUNG DER BÜRGERRECHTE

Wir werden uns für eine bessere Immigrations- und Integrationspolitik einsetzen. Wir werden mit all unserer Kraft gegen Populismus und Fremdenfeindlichkeit kämpfen. Wir wollen den Dialog mit den Wählern verbessern und die Führung in diesen politischen Kernbereichen wieder übernehmen.

## 3. MEHR DEMOKRATIE

Wir werden für Demokratie, Bürgerrechte und Grundwerte sowohl in Europa als auch anderswo in der Welt eintreten. Der Arabische Frühling hat gezeigt, dass sich Menschen überall auf der Welt für mehr Mitbestimmung einsetzen.

Europäische Sozialisten und Sozialdemokraten werden sich in neuen Formen der politischen Partizipation und der politischen Kommunikation engagieren um Demokratie, Medienfreiheit und Pluralismus zu garantieren.

## 4. STÄRKERE EUROPÄISCHE UNION

Wir werden uns für eine starke, reformierte und fortschrittliche EU einsetzen und Europa gegen Nationalisten und Euroskeptiker verteidigen. Wir fordern eine EU, die ein gemeinsamer Raum der bürgerlichen Freiheiten und des Rechts ist. Wir sind überzeugt, dass wir durch die Europäische Union die Anforderungen, die vor uns liegen, meistern können.

## TEILNEHMERLISTE

Almunia Joaquín	Vizepräsident der Europäischen Kommission	Spanien
Andrés Barea Josefa	MdEP S&D Fraktion	Spanien
Arif Kader	MdEP S&D Fraktion, Koordinator	Frankreich
Arsenis Kriton	MdEP S&D Fraktion	Griechenland
Ayala Sender Inés	MdEP S&D Fraktion	Spanien
Badia i Cutchet Maria	MdEP, stellvertretende Vorsitzende der S&D Fraktion	Spanien
Barón Crespo Enrique	Ehemaliger Präsident des Europaparlaments u. SPE Fraktionsvorsitzender	Spanien
Bartumeu Jaume	Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion	Spanien
Berès Pervenche	MdEP S&D Fraktion, EP Ausschussvorsitzende	Frankreich
Berman Thijs	MdEP, Delegationsleiter S&D Fraktion	Niederlande
Besamusca Janna	Generalsekretär von ECOSY	Niederlande
Bokor Henrik	Facebook Debatte	Schweden
Boştinaru Victor	MdEP S&D Fraktion, Koordinator	Rumänien
Cercas Alejandro	MdEP S&D Fraktion, Koordinator	Spanien
Colombo Anna	Generalsekretärin der S&D Fraktion	Italien
Cordery Philippe	Generalsekretär der SPE	Frankreich
Crocetta Rosario	MdEP S&D Fraktion	Italien
D'Alema Massimo	Präsident von FEPS	Italien
Dăncilă Vasilica Viorica	MdEP, Delegationsleiterin S&D Fraktion	Rumänien
Danellis Spyros	MdEP S&D Fraktion	Griechenland
De Keyser Véronique	MdEP, stellvertretende Vorsitzende der S&D Fraktion	Belgien
De Rossa Poincias	MdEP, Delegationsleiter S&D Fraktion	Irland
de Vries Catherine	Professorin für Politikwissenschaft, Amsterdam	Niederlande
Delors Jacques	Ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission, Präsident der Stiftung 'Notre Europe'	Frankreich
El Khadraoui Saïd	MdEP S&D Fraktion, Koordinator	Belgien
Estrela Edite	MdEP, Delegationsleiterin S&D Fraktion	Portugal
Fajon Tanja	MdEP, Delegationsleiterin S&D Fraktion	Slowenien
Flašíková Beňová Monika	MdEP, stellvertretende Vorsitzende der S&D Fraktion	Slowakei
Gal Krisztian	Facebook Debatte	Ungarn
Gardiazábal Rubial Eider	MdEP S&D Fraktion	Spanien

Geier Jens	MdEP S&D Fraktion, Koordinator	Deutschland
Gomes Ana Maria	MdEP S&D Fraktion	Portugal
Göncz Kinga	MdEP S&D Fraktion	Ungarn
Grech Louis	MdEP, Delegationsleiter S&D Fraktion	Malta
Gualtieri Roberto	MdEP S&D Fraktion, Koordinator	Italien
Guerrero Salom Enrique	MdEP S&D Fraktion, Koordinator	Spanien
Gurmai Zita	MdEP S&D Fraktion - Präsidentin SPE Frauen	Ungarn
Gusenbauer Alfred	Ehemaliger österreichischer Bundeskanzler, Vorsitzender von FEPS 'Next Left'	Österreich
Havel Jiri	MdEP, Delegationsleiter S&D Fraktion	Tschechische Republik
Herczog Edit	MdEP S&D Fraktion - Schatzmeisterin	Ungarn
Hill Steven	Politischer Autor und Kolumnist	USA
Howitt Richard	MdEP S&D Fraktion, Koordinator	Vereinigtes Königreich
Hughes Stephen	MdEP, stellvertretender Vorsitzender der S&D Fraktion	Vereinigtes Königreich
Innerarity Daniel	Professor für Philosophie - Universität des Baskenlandes	Spanien
Iotova Iliana Malinova	MdEP S&D Fraktion	Bulgarien
Ivan Cătălin Sorin	MdEP, Delegationsleiter S&D Fraktion	Rumänien
Ivari Padar	MdEP, Delegationsleiter S&D Fraktion	Estlandia
Jaakonsaari Liisa	MdEP, Delegationsleiterin S&D Fraktion	Finnland
Jáuregui Ramón	Präsidenschaftsminister der spanischen Regierung	Spanien
Jørgensen Dan	MdEP, Delegationsleiter S&D Fraktion	Dänemark
Kalfin Ivailo	MdEP, Delegationsleiter S&D Fraktion	Bulgarien
Kir Emir	Minister der Regierung der Region Brüssel	Belgien
Kirilov Evgeni	MdEP S&D Fraktion	Bulgarien
Kleva Mojca	MdEP S&D Fraktion	Slowenien
Koppa Eleni	MdEP, Delegationsleiterin S&D Fraktion	Griechenland
Lagos Ricardo	Ehemaliger Präsident der Republik Chile	Chile
Lambrinidis Stavros	MdEP, Delegationsleiter S&D Fraktion	Griechenland
Leichtfried Jörg	MdEP, Delegationsleiter S&D Fraktion	Österreich
Leinen Jo	MdEP S&D Fraktion, EP Ausschussvorsitzender	Deutschland
Levrat Christian	Präsident der Sozialischen Partei	Schweiz

Liberadzki Boguslaw	MdEP, Delegationsleiter S&D Fraktion	Polen
Liddle Rodger	Vorsitzender des 'Policy Network' - London	Vereinigtes Königreich
López Aguilar Juan Fernando	MdEP, Delegationsleiter S&D Fraktion	Spanien
Machnig Matthias	Thüringer Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	Deutschland
Maes Thomas	Generalsekretär von Ecosy	Belgien
Martín Munoz Gema	Direktorin von 'Casa Árabe', Soziologieprofessorin	Spanien
Martínez Martínez Miguel Angel	Vizepräsident des Europaparlaments, MdEP S&D Fraktion	Spanien
Mavronikolas Kyriakos	MdEP, Delegationsleiter S&D Fraktion	Zypern
McAvan Linda	MdEP S&D Fraktion, Koordinatorin	Vereinigtes Königreich
Meyer Henning	Hearuasgeber von 'Social Europe', London	Deutschland
Milanovic Zoran	Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei	Kroatien
Mirsky Alexander	MdEP, Delegationsleiter S&D Fraktion	Lettland
Moraes Claude	MdEP S&D Fraktion, Koordinator	Vereinigtes Königreich
Moratinos Miguel Angel	Abgeordneter, ehemaliger Aussenminister	Spanien
Moreno Javier	Generalsekretär des Global Progressive Forum, Sekretariat der S&D Fraktion	Spanien
Muxel Anne	Forschungsdirektorin, CEVIPOF, Paris	Frankreich
Neuser Norbert	MdEP S&D Fraktion	Deutschland
Nevedalová Katarína	MdEP S&D Fraktion	Slowakei
Obiols I Germa Raimon	MdEP S&D Fraktion	Spanien
Paleckis Justas	MdEP, Delegationsleiter S&D Fraktion	Litauen
Paliadeli Chrysoula	MdEP S&D Fraktion	Griechenland
Panzeri Pier Antonio	MdEP S&D Fraktion	Italien
Penny Kaisa	Präsidentin von ECOSY - Europäische Sozialistische Jugend	Finnland
Perelló Rodríguez Andrés	MdEP S&D Fraktion	Spanien
Plumb Rovana	MdEP, stellvertretende Vorsitzende der S&D Fraktion	Rumänien
Podimata Anni	Vizepräsidentin des Europaparlaments, MdEP S&D Fraktion	Griechenland
Pronk Jan	Ehemaliger niederländischer Minister f, Entwicklungshilfe, UN Sonderberater	Niederlande
Pusieux Kévin	Facebook Debatte	Frankreich
Rangel Joan	Abgeordneter der Regierung von Katalonien	Spanin
Rapkay Bernard	MdEP, Delegationsleiter S&D Fraktion	Deutschland

Rasmussen Poul Nyrup	Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Europas	Dänemark
Ravinet Eugenio	Generalsekretär der 'Organización Ibéroamericana Juventud'	Spanien
Reuter Conny	Generalsekretär von SOLIDAR	Deutschland
Riera Madurell Teresa	MdEP S&D Fraktion, Koordinator	Spanien
Roberts Hadleigh	Student an der Bath Universität, Facebook Debatte	Vereinigtes Königreich
Rodrigues Maria João	Vorsitzende SPE 'progressive societies network', Sonderberaterin bei den Europ, Institutionen	Portugal
Romero López Carmen	MdEP S&D Fraktion	Spanien
Rouček Libor	Vizepräsident des Europaparlaments, MdEP S&D Fraktion	Tschechische Republik
Sassoli David	MdEP, Delegationsleiter S&D Fraktion	Italien
Schulz Martin	Vorsitzender der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im EP	Deutschland
Scicluna Edward	MdEP S&D Fraktion	Malta
Segol Bernadette	Generalsekretärin von ETUC	Frankreich
Sippel Birgit	MdEP S&D Fraktion	Deutschland
Siwiec Marek	MdEP S&D Fraktion	Polen
Skrzypek Ania	Referentin, FEPS	Polen
Stetter Ernst	Generalsekretär von FEPS	Deutschland
Susta Gianluca	MdEP S&D Fraktion	Italien
Swoboda Hannes	MdEP, stellvertretender Vorsitzender der S&D Fraktion	Österreich
Tabadji Csabo	MdEP, Delegationsleiter S&D Fraktion	Ungarn
Terrón I Cusi Anna	Staatssekretärin für Einwanderung und Auswanderung	Spanien
Thaler Zoran	MdEP, Delegationsleiter S&D Fraktion	Slowenien
Thomsen Britta	MdEP S&D Fraktion, Koordinatorin	Dänemark
Trautmann Catherine	MdEP, Delegationsleiterin S&D Fraktion	Frankreich
Ulvskog Marita	MdEP, stellvertretende Vorsitzende der S&D Fraktion	Schweden
van Brempt Kathleen	MdEP, Delegationsleiterin S&D Fraktion	Belgien
Vaughan Derek	MdEP S&D Fraktion	Vereinigtes Königreich
Vergnaud Bernadette	MdEP S&D Fraktion	Frankreich
Vigenin Kristian	MdEP S&D Fraktion, Koordinator	Bulgarien
Vitorino António	Ehemaliger EU Kommissar für Justiz und Inneres	Portugal
Ward Janelle	Lehrbeauftragte, Fakultät für Medien u, Kommunikation, Rotterdam	USA

Weber Henri	MdEP S&D Fraktion	Frankreich
Wessels Bernhard	Dozent am Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt University, Berlin	Deutschland
Wiersma Jan Marinus	Ehemaliger Vizevorsitzender der SPE Fraktion	Niederlande
Willmott Glenis	MdEP, Delegationsleiterin S&D Fraktion	Vereinigtes Königreich
Zala Boris	MdEP, Delegationsleiter S&D Fraktion	Slowakei

#### **Moderators**

Davis Jacki	Journalistin und Publizistin über EU Angelegenheiten	Vereinigtes Königreich
Meade Geoff	Redakteur für Europa, Presseverband	Vereinigtes Königreich

#### **Abteilung Reflexion und Kooperation S&D Fraktionssekretariat**

Beumer Antony	Abteilungsleiter
Esders Elke	Verwaltungsrätin
Pegazzano Andrea	Assistentin
Salmon-Bobek Alexandra	Assistentin, Fotografin
Weech Ludivine	Assistentin







Fraktion der Progressiven Allianz der  
**Sozialdemokraten**  
im Europäischen Parlament

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz – B1047 Brüssel  
Tel Bxl +32 2 284 21 11  
Tel Str +33 3 88 17 40 01

[www.socialistsanddemocrats.eu](http://www.socialistsanddemocrats.eu)  
[www.socialistsanddemocrats.mobi](http://www.socialistsanddemocrats.mobi)

